

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postfach 100 Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Nr. 106.

Montag, den 28. Juli 1924.

96. Jahrgang.

Politische Wochenchau.

Die meisten Dinge nehmen auf dem Wege von der idealen Forderung zur Verwirklichung ein verändertes Aussehen an. Sie werden verkompliziert, verunstaltet, gelegentlich sogar verfälscht, und finden sich schließlich, oft kaum noch sich ähnelnd, auf den möglichst platten Boden der Tatsachen gestellt. So machten die Dames-Sachverständigen den Vorschlag, die Reparationsfrage wirtschaftlich zu lösen. Aus diesem wirtschaftlichen Theorem ist im Laufe der Londoner Verhandlungen eine Frage der Sicherung des geschäftlichen Risikos geworden. Die Triebkraft dieser Umwandlung ist das Mißtrauen, das die Menschen nach dem Ergebnis des Krieges nun einmal gegeneinander haben zu müssen glauben. Einerseits das Mißtrauen Frankreichs gegenüber Deutschland, andererseits das Mißtrauen der amerikanischen Bankiers, die die Folgen französischer Unternehmungskraft als ungünstig für die Geschäftsmoral ansehen. Dies ist ja der springende Punkt der ganzen langatmigen Unterhaltungen in London, seitdem die eigentliche Führung aus der Hand der Politiker in die, nicht eigentlich der Wirtschaftler, sondern der Geschäftsleute, der Bankiers, hinübergeglitten ist: wie ist die Anleihe zu sichern? — Deshalb ging das ganze Bemühen der letzten Tage dahin, eine Formel zu finden, die nicht nur der Anleihe, sondern auch den von Frankreich hoch gehaltenen politischen Forderungen Rechnung verschafft. Der Wunsch der Morganleute gründet sich auf nächtliche geschäftliche Erwägungen, denen jedes ideale Moment fehlt. Für uns aber hat die ganze Sanktionsfrage neben der gewiß wichtigen wirtschaftlichen Seite noch eine andere, eine vaterländische, die weit über jener rangiert. Die ideell-geistige Bedeutung historischer Vorgänge im Leben der Völker ist stets eine unendlich größere als die ökonomische. Wir wollen Sicherung gegen Sanktionen in erster Linie, weil diese Sanktionen, besonders die Geldsanktionen, für das berechnete Nationalansehen eines trotz allen Unfalls großen Volkes tödliche Verletzungen darstellen. So stehen wir denn vor der eigenartigen Tatsache, daß aus geschäftlichen Überlegungen amerikanischer Bankiers heraus unter dem Namen „Anleihegarantie“ eine Forderung erwuchs, die von unserer Seite als ein wichtiges Postulat national-deutscher, nicht nur deutsch-nationaler, Empfindens aufgestellt und von unseren Vertretern in London als conditio sine qua non zu verteidigen sein wird.

Wie schwer es unsere Delegierten auf der Konferenz haben werden, zeigt der verbissene Kampf, der hinter den Kulissen, während die Konferenz zu schlafen scheint, zwischen diesen entgegengesetzten Interessen der Morganbankiers und der französischen Politik geführt wird. Herriot, der durch die starke und dazu sehr betriebene nationale französische Opposition empfindliche Semungen in seiner politischen Entscheidungsfähigkeit erhält, ja, in eine Zwangslage hineingezogen zu werden droht, sucht gegen die bisher unangenehme Morgangruppe einen anderen Bankknoten auszuspielen. Er hat zu seiner Unterstützung französische Bankiers kommen lassen und man hofft in gewissen Kreisen, entweder mit Morgan durch das Heranziehen der Konkurrenz ein günstigeres Übereinkommen erzielen oder aber mit jener selbst billiger abschließen zu können. Die Situation, auf der sich die Handlung (oder die Sanktion) auf der Londoner Bühne zum Beginn der Woche aufzuspielen scheint, wäre geradezu eine dramatische zu nennen, wenn ihr nicht jedes Ethos fehle. Hinter dieser praktischen, nächsten Konferenz- und Parteilichkeit aber erhebt sich fragend und drohend das Schicksal des Objekts: Deutschlands, Europas, der Welt.

Die politische Aussprache im Reichstag am Freitag hatte recht mageren Ergebnisse gefördert. In seiner Erklärung hat der Reichstagskanzler in der Hauptsache gesagt, daß er nichts erklären wolle. Das war eigentlich vorauszuversagen und im Hinblick darauf hätte man wünschen können, daß eine Aufstellung der außenpolitischen Fragen vor Beschäftigung der Londoner Konferenz überhaupt vermieden worden wäre. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hatte die Debatte herbeigeführt, um die Regierung vor ihrem Gang nach London auf außenpolitische festzulegen. Dies ist ihr am Freitag nicht gelungen. Umso bedeutsamer und erfreulicher aber ist die Sonnabendrede des deutschnationalen Abgeordneten Prof. Dr. Goebbels, die diesem Tag innerhalb der übrigen mühen Wochenberatungen den Stempel des politischen Ereignisses aufdrückte. In formvollendeter Rede entwickelte der hervorragende deutschnationale Führer den letzten Standpunkt seiner Partei dahin, daß sie sich für das Sachverständigengutachten einsetzen werde, wenn die von ihr als unumgänglich aufgestellten Voraussetzungen erfüllt werden. Man wird in diesem Zusammenhang weniger eine grundsätzliche Schwankung der deutschnationalen Politik sehen dürfen, als eine Verlegung der Akzente. Gerade darauf aber kommt es bei der gegenwärtigen Sachlage an. Die deutschnationalen Vorbedingungen werden weit über den Kreis der Partei hinaus unterschrieben. Die Erklärungen Professor Goebbels haben der deutschen Regierung einen breiten und starken innerpolitischen Rückhalt für ihre Londoner Verhandlungen und gleichzeitig für ihre Haltung feste Richtlinien gegeben.

Trotz der überragenden Bedeutung der Londoner Konferenz beansprucht eine innerdeutsche Angelegenheit, ein drohender neuer Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, Aufmerksamkeit und Sorge. Bayern legt

Die Stellung der Deutschnationalen zum Dawesgutachten.

Annäherung Hoeßs an Stresemann. — Das Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung.

Berlin, 26. Juli.

Am Regierungstisch: Reichstagskanzler Marx, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarres, Finanzminister Dr. Luther.

Präsident Wallat eröffnete die auf 11 Uhr angelegte Sitzung mit einer Stunde Verspätung um 12 Uhr.

Abg. Münzberger (Komm.) legt vor Eintritt in die Tagesordnung einen Antrag vor, die Ausreisefreiheit für die von der kommunistischen internationalen Arbeiterhilfe zu einer Erholungsreise nach Frankreich bestimmten 800 Kinder zu gestatten.

Gegen die sofortige Behandlung der Frage wird von Abg. Kahl (Dt. Vpt.) Widerspruch erhoben. (Darauf erhebt sich bei den Kommunisten großer Lärm. Abg. Hölein dringt zu den Vätern der Volkspartei vor und beschimpft den Abg. Kahl.)

Abg. Kahl wehrt sich entschieden gegen diese Forderung des Abg. Hölein. (Hölein und andere kommunistische Abgeordnete werden zur Ordnung gerufen.) Es handelt sich bei dieser beabsichtigten Verhinderung der Kinder nicht um eine Sache der Menschlichkeit, sondern um eine politische Agitation.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) erhebt Protest dagegen, daß heute im Hauptauschuß bei der Erörterung von Verkehrsangelegenheiten wieder der Verkehrsminister Decker noch ein Vertreter anwesend gewesen sei. Der Redner beantragt die sofortige Verberufung des Verkehrsministers. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ueber einen kommunistischen Antrag auf Verbindung der dritten Lesung des Notetats mit den Anträgen über die bayerischen Volksgerichte muß durch Sammelprüfung (Auswahl) abgestimmt werden. Der Antrag wird mit 168:122 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag Hoeßs (Soz.) wird dann beschlossen, wenigstens die Anträge auf Aufhebung des Ausnahmestandes und des Verbots politischer Parteien mit dem Notetat zu verbinden. Die Verbindung soll sich nicht erstrecken auf den Antrag über die bayerischen Volksgerichte. Diesem Vorschlag stimmt das Haus zu.

Dritte Lesung des Notetats.

Abg. Dietrich-Waden (Dm.) berichtet über die Verhandlungen des Hauptauschusses, die heute vor der Plenarsitzung stattgefunden haben. Der Hauptauschuß befürwortet die unveränderte Annahme der Vorlage des Notetats. Im Hauptauschuß wurde bemängelt, daß die Reichsfinanzen nach der Abtrennung von Post und Eisenbahn keine Ueberbrest mehr möglich sei und deshalb Auskunft von Verkehrs- und Postminister verlangt.

Reichsverkehrsminister Decker gibt darauf Auskunft über die Finanzen der Verkehrsverwaltung.

In der Zeit vom 15. November bis 1. April betrug die Einnahme 1,188 Milliarden, die Ausgabe 1,097 Milliarden. Es ist also ein Ueberschuß von 40 Millionen erzielt worden. Schwer lasten auf der Verkehrsverwaltung die Ausgaben für das Ruhrgebiet. Die Einnahmen haben sich auch seit dem April in auffälliger Linie entwickelt. Gegenüber einer wertmäßigen Einnahme von 8 Millionen im November wurden im April 12,7 Millionen erzielt. Der neue Haushaltsplan schließt mit einem rechnungsmäßigen Fehlbetrag von 85 Millionen ab.

Mit zur dritten Lesung gestellt wird ein Antrag der Mittelparteien auf Gewährung von Krediten an die wirtschaftlichen Selbsthilfseinrichtungen der deutschen Studentenschaft. Weiter liegt ein Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten vor.

Abg. Graf Verheffenfeld (Bay. Vp.) fordert Räumung des Ruhrgebiets und Wiederherstellung der deutschen Hoheit als Garantie für die Durchführung des Gutachtens. Wenn die Reichsregierung bei den künftigen Verhandlungen diesen Forderungen Rechnung trage, könne sie auf die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei rechnen.

Abg. Dr. Brecht (Wirtschaftspartei) sagt der Regierung gleichfalls Unterstützung zu, wenn sie die bekannten Forderungen auf Räumung des Ruhrgebiets usw. in London mit allem Nachdruck vertrete. In den auswärtigen Fragen müsse die Opposition zurücktreten, um die Einheitsfront gegenüber dem Ausland aufrechtzuerhalten.

Abg. Dr. Hoeßs (Dn.): Es ist heute buchstäblich an uns kommt, uns im Reichstag über die dort inneren Angelegenheiten zu äußern, was aber bis jetzt und haltende Meinung zum Mißtrauen in das Gelingen und die Hoffnung auf diese Wendung stammt daher, daß das deutsche Volk zu oft in seinen Hoffnungen getäuscht worden ist, und auch jetzt ist noch lange nicht entschieden, ob nicht auch die Londoner Konferenz mit einer großen Enttäuschung für uns endet. Positiv scheitern ist bis zur Stunde jedenfalls noch nichts.

Verhandlungen aber über das Gutachten habe die Partei niemals abgelehnt, und daran habe sich nichts geändert.

Die Partei habe an die Annahme Voraussetzungen geknüpft, auf die nicht verzichtet werden kann, während die Sozialdemokratie sogar durch einen Volksentscheid die bedingungslose Annahme erzwingen wolle. Leider hätten sich die Ansichten für die Beachtung dieser Voraussetzungen immer mehr verschlechtert. Deshalb habe sich die oppositionelle Stellung der Deutschnationalen verschärfen müssen. Die erste Forderung sei die Amnestie, die wir nicht als Gnade wünschen, sondern fordern. An sie könne man aber nicht glauben, wenn täglich neue Verhaftungen und Verschlagnahmen erfolgen. Das zweite sei die Sicherung gegen Sanktionen, die dann nicht bestehe, wenn der Wiederherstellungsausschuß in seinen alten Rechten bestehen bleibe. Die dritte Forderung sei die Räumung der wirtschaftlichen und militärischen Ruhezugsgebiete. Die erste sei noch völlig unklar, die zweite überhaupt nicht auf der Tagesordnung von London gestellt. (Hört, hört! bei den Deutschnationalen.) Der Redner fragt den Kanzler, ob er auf diese Forderungen etwas verzichten wolle? Ferner hätten auch nach Ansicht der letzten französischen Ministerpräsidenten die Räumungsarbeiten noch nicht zu laufen begonnen, wie schon Polinare behauptet habe. Von der deutschen Regierung habe man darüber im Zusammenhang mit dem Gutachten noch nichts gehört. Das Letzte sei die Wiederherstellung des Rheinlandsbundes, das ja sogar auch von Amerika unterschrieben worden sei. Das seien die unverzichtbaren Voraussetzungen. Sie seien aber bereit, große Opfer zu bringen, wenn eine Lösung gefunden werde, die im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit liege und vereinbar sei mit der nationalen Würde und dem, was man als staatlicher Souveränität uns noch anliege. Von dieser Plattform aus greife die Partei die Bindungen an, in die die Regierung sich schon hineingegeben habe oder hineinbegeben wolle. Jedenfalls würden die

Deutschnationalen an der Notwendigkeit der Zweidrittelmehrheit festhalten.

Wenn Deutschland nicht als gleichberechtigter Unterhändler nach London geladen werde, solle die Regierung lieber zu Hause bleiben. (Reichsminister des Innern Dr. Stresemann: Vollkommen meine Meinung.) Wir haben, so erklärte der Redner, in dieser Stunde nicht das Vertrauen zu einer Regierung, die auf so schmaler Grundlage steht, wie wir es fordern. Allen Umarmungen, die den Mindestbedingungen nicht entsprechen, würden sich die Deutschnationalen widersetzen. Sie sähen ja am längeren Hebel Stresemann brauche nur an die Zweidrittelmehrheit zu denken. Die Deutschnationalen würden von ihrer Macht unter Umständen rücksichtslos Gebrauch machen. Sie erkennen die Lehre der Geschichte an, daß der Untertan sich schweren Opfern nicht entziehen kann. (Hört, hört! links und bei den Nationalsozialisten), aber die Rechte, die drohen hängen unverändert, die liegen die Deutschnationalen nicht zum Gegenstand parlamentarischer Verhandlungen. Wo diese Grenzen überschritten würden, seien sie entschlossen, den Verhandlungen ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Bartels (Komm.) erklärt, die ganze Rauberei in London gehe nur darum, ob der eng-

lische oder französische Imperialismus und Kapitalismus die Oberhand gewinne.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Verschlagung der deutschen Eisenbahnen und gegen das Gutachten. Der Notetat wird in 3. Lesung in der Schlussabstimmung gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Eine kommunistische Entschließung, die die Ausreisefreiheit für die von der kommunistischen Arbeiterhilfe nach Frankreich zu entsendenden Kinder fordert, wird abgelehnt.

Es folgt dann die namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dt. Vpt.) erklärt, daß die deutschnationale Fraktion bestimmte klare Forderungen an die Reichsregierung gestellt habe, die als unverzichtbare Bedingungen für die Verhandlungen zu gelten haben. Vor Abschluß der Londoner Verhandlungen habe die deutschnationale Fraktion keine Veranlassung, zu einem Vertrauens- oder Mißtrauensvotum Stellung zu nehmen. Sie wird sich daher an dieser Abstimmung nicht beteiligen. (Lebhafter Beifall! Hört, hört!)

Für das Mißtrauensvotum stimmten mit den Nationalsozialisten nur noch die Kommunisten; dagegen stimmten die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten, die Sozialdemokraten, die Bayer. Volkspartei und die wirtschaftliche Vereinigung. Die Deutschnationalen enthielten sich der Abstimmung. Das Mißtrauensvotum wurde mit 182 gegen 62 Stimmen bei 79 Enthaltungen abgelehnt. (Beifall in der Mitte.)

Anträge der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar über die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen werden mit 168 gegen 133 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird eine Auswuchtsentscheidung, wonach alle von der Reichsregierung oder von Landesregierungen ergangenen oder aufrechterhaltenen Verbote von politischen Parteien aufzuheben sind.

Die Auswuchtsentscheidung, die die Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung gegen die kommunistische Presse verlangt, wird ebenfalls angenommen.

Nach dem Bericht der Kommunisten wird dem Präsidenten bei der Abstimmung das Wort „Schleier“ zugerufen. Als der Präsident den Zuhörer auffordert, sich zu melden, bleibt es bei den Kommunisten still. Als darauf aus dem ganzen Hause stürmische Zurufe erklingen, antworten die Kommunisten mit lautem Gelächter, ohne daß der Zuhörer sich meldet.

Der Ausschussbericht über die Wiederaufnahme der Verfahren bei den bayerischen Volksgerichten wird in 3. Lesung erledigt. Gegen die 3. Lesung erhebt Abg. Brecht (Wirtschaftspartei) Einspruch (tösende Lärm der Kommunisten.) Die Angelegenheit muß vertagt werden.

Der Präsident schlägt dann Vertagung vor und bittet, ihm die Bestimmung des nächsten Sitzungstages und der Tagesordnung zu überlassen. Der Reichstag soll wieder zusammenberufen werden, wenn die zum Sachverständigengutachten gehörigen Gesetze vorliegen.

Das Haus ist damit einverstanden. Man rechnet damit, daß der Reichstag Mitte August wieder zusammentritt.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Neue Micum-Verhandlungen.

W. Essen, 26. Juli. Die Sechserkommission des Bergbauvereins erhielt heute die Einladung der Micum zu neuen Verhandlungen für Montag nachmittag.

Essen, 27. Juli. Nach verfrühten Mitteln soll es sich bei den am Montag beginnenden Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum darum handeln, eine kurze Verlängerung der Micumverträge bis 1.5. August herbeizuführen.

Die Liquidierung der Rentenbank.

Berlin, 26. Juli. In dem Plan zur Liquidierung der Rentenbank sind im Laufe dieses Monats wichtige Veränderungen eingetreten. Ursprünglich sollte mit einem einheitlichen Gesetzentwurf die Liquidation der Rentenbank und die Umwidmung der Rentenbank in ein Agrarinstitut erfolgen. Von englischer Seite wurde aber der Reichsregierung nahegelegt, den zweiten Teil des Gesetzentwurfes abzutrennen und nur den ersten Teil der Rentenbank und dem alliierten Ausschuss vorzulegen, da man sich auf Seiten der Entente für das fernere Schicksal der Rentenbank nicht interessiere. Demzufolge liegt also jetzt der Rentenbank und den Londoner Besprechungen ein Gesetzentwurf vor, der lediglich die Liquidierung der Rentenbank behandelt und zurzeit noch zu keinem endgültigen Abschluß gekommen ist. Die Umwandlung der Rentenbank hingegen ist in einem zweiten Gesetzentwurf behandelt, der nur innerdeutschen Verhandlungen unterzogen werden wird und nur nach seiner Verabschiedung durch den Reichsrat im August dem Reichstag zugeleitet werden soll.

Finanzwirtschaftliche Ausführungen Dr. Schacht.

Berlin, 26. Juli. In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank betonte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, daß sich nach dem Wochenanlauf für die Zeit vom 24. Juni bis 15. Juli die Lage der Bank wieder günstig entwickelt hat. Der Zahlungsmittelumsatz zeigte zwar eine mäßige Erhöhung, ließe aber noch unter drei Milliarden Goldmark. Ueber die Lage am Geldmarkt sprach sich der Reichsbankpräsident dahin aus, daß die Situation nicht mehr kritisch anzusehen sei, wie vor einigen Wochen. Die Zinssätze zeigen sinkende Tendenz und die Einlagen bei den Banken eine erfreuliche Entwicklung. In der Zeit von Ende Dezember bis Ende April ist ungefähr eine Verdoppelung der Kreditoren eingetreten. Inzwischen dürfte sich das Anwachsen fortgesetzt haben. Wenn auch grundsätzlich an der bisherigen Politik der Kreditbeschaffung festgehalten werden muß, so ist die Reichsbank doch nach wie vor bestrebt, in allen Einzelheiten, in denen ein Kredit angebracht und vom Standpunkt der Währungsstabilität vertretbar ist, zu helfen. Aufdringende Vorstellungen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hat sich die Reichsbank entschlossen, außerdem der Landwirtschaft die Finanzierung der Ernte dadurch zu ermöglichen, daß sie der Seehandlung eine Rückbedingung bis zur Höhe von zwei Millionen Goldmark für an die Landwirtschaft zu gewährenden Kredite gegeben hat. Die Seehandlung wird die ihr ausstehenden anderen schwer unterzubringenden täglichen Gelder durch Vermittlung der in Frage kommenden Zentralinstitute in landwirtschaftlichen Wechseln anlegen und bei anstehenden Bedarfen diese Wechsel bei der Reichsbank realisieren oder lombardieren. Um eine Kapitalverknüpfung für längere Fristen zu begünstigen, will die Reichsbank den Preis der lombardfähigen Papiere durch Einziehung von auf Sachwerten basierenden Anleihen erhöhen. Diese wertbeständigen Wertpapiere sollen zu denselben Bedingungen begeben werden, wie bisher die Anleihen des Reiches und der Länder, d. h. unter Zugrundelegung einer Quote von 50 Proz. des amtlichen Kurswertes, bei Wertpapieren auf der Basis von Gold oder einer ausländischen Währung und von 40 Proz. des amtlichen Kurswertes bei Wertpapieren auf Warenbasis. Darlehen können im allgemeinen auf die Dauer von sechs bis acht Wochen erteilt werden. Für Banken und die Geldinstitute wird die Entnahme auf höchstens drei Tage beschränkt. Die dem Zentralausschuß vorgelegte Fikse der dafür in Frage kommenden Wertpapiere wurde gebilligt. Hierfür wurde gemäß § 34 des Bankgesetzes und § 22 und 24 des Reichsbankgesetzes die übliche Wahl der Deputierten des Zentralausschusses und deren Stellvertreter vorgenommen. Anstelle des verstorbenen stellvertretenden Deputierten, Direktor Manthey wurde Direktor Wasserman gewählt. Die übrigen Deputierten und Stellvertreter wurden wiedergewählt auf Grund der von den Bankministern angelegten Vorschlagsliste. Für die Bezirksausschüsse mitglieder der Reichsbankhauptstellen wurde ferner vom Zentralausschuß ein Verzeichnis der für geeignet erachteten Mitglieder der Bezirksausschüsse im Reichsbankdirektorium vorgelegt. Zum Schluß machte der Präsident noch vertrauliche Ausführungen über die neue Goldnotenbank und die Liquidation der Rentenbank.

Vorläufiges Handelsabkommen zwischen Deutschland und Spanien.

TU. Berlin, 26. Juli. Aus Madrid wird dem D.D. gemeldet: Zwischen der deutschen und der spanischen Regierung ist am heutigen Tage ein Handelsabkommen geschlossen worden, durch das die spanische Regierung der deutschen die zweite Kolonne des Zolltarifs für ihre Waren einräumt ohne irgendwelchen Aufschlag. Außerdem gewährt sie derselben für eine nennenswerte Reihe von Jahren Zollermäßigungen bis zu 20 Prozent unter der zweiten Kolonne. Die deutsche Regierung hat der spanischen gegenüber die Weißbierunterschiede und für eine Reihe von Jahren Ermäßigungen beim Konsumsteuern von Positionen des Zolltarifs ausgedehnt. Das Abkommen ist bis zu seiner Ratifizierung vorläufig durch einen Notenaustausch als modus vivendi vom 1. August an in Kraft gesetzt worden. Seitens der Berliner amtlichen Stelle wird, wie der D.D. erzählt, voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages ein Communiqué zu dieser Angelegenheit veröffentlicht werden.

TU. Berlin, 27. Juli. Gegen den Abschluß des Abkommens hat in der letzten Zeit der rheinische Weinbau beschließend Proteste erhoben, weil in diesem Vertrage eine besondere Begünstigung der spanischen Weine bei der Einfuhr nach Deutschland ausgedehnt wird. Auf der anderen Seite sind in der letzten Zeit beim Auswärtigen Amt von industriellen Berufsverbänden Protestschreiben eingegangen, die sich energisch dagegen verweigern, daß durch Einzelinteressen der Gewinner der Weinfuß der deutsch-spanischen Handelsverträge gefährdet würde. Für den baldigen Abschluß der Sache erfolgt ist, haben sich in diesem Schreiben insbesondere eingestuft der Reichsverband des deutschen Eis- und Ausfuhrhandels, der Deutsche Industrie- und Handelskammern, die Industrie- und Handelskammer Esssen, die Industrie- und Handelskammer Södingen.

Madrid, 27. Juli. Das Direktorium nahm den deutsch-spanischen Modus vivendi betreffend die Handelsbeziehungen an.

Ein aufsehenerregender Prozeß in Köln.

TU. Düsseldorf, 26. Juli. Am 30. Juli geht vor der Strafkammer des erweiterten Schöffengerichts in Köln unter dem Vorsitz des Volen Hofen und Gen. ein Prozeß vor sich, der großes Aufsehen erregen dürfte. Es handelt sich nämlich um einen bereits im Jahre 1922 erfolgte große Plafurverfälschung ins Ausland, die ein früherer Stadtrat begangen hat. Die Ausfuhrbewilligungen wurden ihm vom Düsseldorf Regierungspräsidenten Gültner verschafft. Dieser hatte Bohn, so heißt der Stadtrat, in seiner Amtstätigkeit als einen zuverlässigen Mann schätzen gelernt. Offenbar hat Bohn dann das Vertrauen, das ihm der Präsident entgegenbrachte, getäuscht und sich unter falschen Angaben die Blankovollmachten erscheidet und kann unter der Bezeichnung „verdorbenen Obst“ ungeheure Mengen falscher Plakaten mit reichlichem Gewinn ins Ausland verschoben. Minister Geringer forderte sofort die Affäre der Staatsanwaltschaft ein, die dann erst Anfang dieses Jahres zurückgelangt.

Anfragen wegen Schwarz-Rot-Gold.

TU. Berlin, 27. Juli. Wegen des Ueberfalls, den die Wilmersdorfer Organisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf eine Versammlung der deutschen nationalen Volkspartei verübte, werden in den Parlamenten deutsche nationale Anfragen eingebracht. In einer kleinen Anfrage im Reichstag und in einer großen Anfrage im Landtag wird von der deutschen nationalen Volkspartei darauf hingewiesen, daß der Vorsitzende der Organisation des Reichsbanners erklärt habe, daß das Banner vom 1. August an das offizielle Recht habe, öffentlich Waffen zu tragen.

Die Londoner Konferenz.

Die Vorbereitungen für die heutige Plenarsitzung.

Mobilmachung französischer und belgischer Bankiers.

eca. London, 26. Juli. Die vorbereitenden Arbeiten für die Sitzung, die am Montag der erste politische Ausschuss und die 5 Delegationsführer und am Nachmittag die gesamte Konferenz abhalten werden, sind in vollem Gange. Es ist sicher, daß für Montag eine ganze Reihe nützlicher neuer Vorschläge vorbereitet werden und man sehr infolge dessen vor allen Dingen der Plenarsitzung der Konferenz mit großer Aufmerksamkeit entgegen. Die Finanzminister Clementel einige der bekanntesten Pariser Bankiers haben auf Anregung des Londoner Ausschusses gebeten, sich nach vor allen Dingen Finanz, den Direktor der Bank der Union Parisis. Es heißt, daß tatsächlich, wie erst kürzlich im Daily Telegraph und anderen Blättern angeregt worden ist, Vorschläge im Gange sind, um evtl. von den anderen amerikanischen und englischen Finanzkreisen den französischen politisch bequeme Bedingungen für die Auflage der deutschen Anleihe zu erreichen. In französischen Konferenzkreisen wird in diesem Zusammenhang namentlich die Gruppe Cuh, Poch u. Co. genannt, der bekanntlich der Bankier Otto Cuh angehört, der stets eine außerordentliche Frankreichs freundliche Haltung an den Tag gelegt hat. Es kann vorläufig noch nicht abgesehen werden, ob Herr Cuh tatsächlich beabsichtigt, eine Karte dieser Art auszuspielen. Sicher ist es, daß die französische Delegation auf alle mögliche Weise in London und vor allen Dingen auch bei den Amerikanern klar zu verstehen gegeben hat, daß Frankreich in keiner Weise daran denkt, späterhin auf eigene Rechnung Sanktionen zu ergreifen. Man kann annehmen, daß Herr Cuh in der Vollziehung der Sache am Montag derartiger Gedanken an den Ausdruck bringen und zu unterbreiten gedenkt, daß die französische Regierung sich an der Londoner Konferenz beteiligt, um den Argumenten der alliierten Regierungen und insbesondere der Regierung Großbritanniens entgegenzutreten und zu einem bestimmten politischen Abkommen zu gelangen, das die umgehende Ausführung des bereits angenommenen Sachverständigenplanes gestattet soll. Theoretisch fordernde ebenfalls belgische Bankiers auf, nach London zu kommen. Gerüchte, wonach Macdonald in der Plenarsitzung am kommenden Montag beabsichtigt, die militärische Räumung des Ruhrgebietes zu verlangen als Beweis dafür, daß Frankreich bei seinen Forderungen nach weiterer Möglichkeit zur freien Aktion seine Hintergedanken hegt, werden bisher in keiner offiziellen Weise bestätigt.

Die Bankentrie.

London, 26. Juli. Die „Bankers“ trat gestern, nach einer Meldung des Berichterstatters der „Adlonischen Zeitung“, in einen neuen interessanten Abschnitt dadurch ein, daß es Thunis gelang, die Grundtagen für eine neue Bankengruppe zu bilden und so die Gegner des Protokolls des ersten Ausschusses innerlich zu spalten. Der neuen Gruppe gehören Laasch, Streser, Montagu und Söhne und Kuhn, Loeb u. Co. an, und man nimmt an, daß sie auf politischen Sicherungen gegen Sanktionen nicht in dem Umfang bestehen wird wie die Morgangruppe. Die neue Gruppe, die jedoch noch im Werden ist, bedeutet jedenfalls eine Schwächung der bisherigen Bankentrie, da sie entweder selbst das ganze Anleihegeschäft macht oder die Morgangruppe zu Zugeständnissen zwingt.

Paris, 26. Juli. Zu der Berufung der französischen Bankiers durch den französischen Finanzminister schreibt der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in London: Wir haben eine neue Idee, wir wollen den Morgans ihre Aivalen auf dem New Yorker Markt, die Kuhn Loeb u. Co. entgegenstellen. Wir denken, vielleicht könnten die Kuhn Loeb u. Co. bessere Bedingungen stellen als ihre Konkurrenten. Hoffen wir, daß wir nicht den Irrtum begehen, den Platz in London gegen sich selbst auszuspielen zu wollen, indem wir gewisse Kräfte nutzbar machen, die nur als höchst zweifelhaft angesehen werden können.

Der geschäftliche Gesichtspunkt der amerikanischen Finanz.

TU. London, 26. Juli. Ein hervorragendes Mitglied der amerikanischen Finanz erklärte in einer privaten Unterredung u. a.: Wir betrachten die Durchführung der Anleihe unter rein geschäftlichen Gesichtspunkten. Solange eine Möglichkeit für Maßnahmen wie die Ruhrbesetzung sich wiebeholen kann, ist für uns keine Garantie vorhanden. Wenn die Walfahrt von der Anleihe nichts wissen will, dann wird die Zeichnung durch das private Publikum aufgebracht werden müssen und das ist durchaus keine leichte Aufgabe. Wenn die deutsch-amerikanischen Banken die Sache in die Hand nehmen, würden sich die übrigen amerikanischen Bankhäuser zurückziehen.

Die Ansicht Morgans.

eca. Paris, 26. Juli. Der Direktor der Pariser Filiale der Bank Morgan Garies, der bereits heute in London eingetroffen ist, erklärte dem dortigen Vertreter der Radioagentur, er beziehe sich auf die Klauerungen, die Morgan bei seiner Abreise von Amerika gemacht habe. Unsere Haltung gegenüber der Londoner Konferenz ist sehr einfach. Man hat uns gefragt, welche Grundlagen notwendig sind, um die deutschen Obligationen durch die amerikanischen Bankiers zu verkaufen. Wir haben uns darüber geäußert, aber wie wir wünschen nicht, irgend welche Wünsche politischen Art zu äußern und noch weniger dieselben Wünsche in den Vordergrund zu stellen. Wir haben nur auf das Gekantwortet, was man uns gefragt hat. Es ist Sache der alliierten Regierungen, wie sie unsere Klauerungen benutzen wollen, soweit es sich um die Unterbringung der deutschen Anleihen und Obligationen handelt.

Keine Gleichberechtigung?

TU. Paris, 26. Juli. Der „Temps“ läßt sich von seinem Londoner Korrespondenten melden, daß die deutsche Regierung bei Hinzugiehung deutscher Bevollmächtigter auf der Londoner Konferenz folgende Forderungen stellen werde:

1. Behandlung der deutschen Bevollmächtigten auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung.

2. wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes.

3. Räumung der ersten besetzten Zone einschließlich des Kölner Brückenkopfes bis zum 1. Januar 1925.

Der Korrespondent des „Temps“ bemerkt hierzu, daß nach offiziellen Mitteilungen die Londoner Konferenz wahrscheinlich die erste und die dritte Forderung ablehnen werde, da diese auf der Konferenz nicht zur Diskussion ständen.

TU. Berlin, 26. Juli. Da man mit der Einladung Deutschlands nach London als Ergebnis der Montagssitzung der Konferenz rechnen darf, hat man sich, wie die B.Z. mitteilt, auch über die Zusammensetzung der deutschen Delegation entschieden. Diese dürfte sich aus dem Reichskanzler und dem Reichsaussenminister, sowie aus einem beschränkten Kreis der Referenten des Auswärtigen Amtes, des Reichsfinanz-, des Reichsverkehrs- und des Reichswirtschaftsministeriums zusammensetzen. Dazu kommen Fachleute für die Spezialfragen des Gutachtens.

Die juristischen Sachverständigen für Gleichberechtigung.

eca. Paris, 26. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Quotidien“ meldet seinem Blatt, die juristischen Sachverständigen Fromageot und Cecil Hurst seien der Ansicht, daß die deutsche Delegation an der Londoner Konferenz auf dem Fuße vollkommener Gleichberechtigung mit den alliierten Regierungen teilnehmen soll. Diese Mitteilung, so fügt der Korrespondent hinzu, könne in allen Beziehungen nur eine beruhigende Wirkung haben. Der Berichterstatter des „Quotidien“, dessen gute Beziehungen zu den französischen Regierungskreisen bekannt sind, meint, die offizielle Einladung an Deutschland werde voraussichtlich durch die Konferenz am kommenden Montag abgefaßt werden und die große Aussprache zwischen den Alliierten und der deutschen Delegation könne am Mittwoch beginnen.

Ergänzung des juristischen Ausschusses.

TU. London, 26. Juli. Der juristische Ausschuss wird durch Beordnung des belgischen Vertreters Bograus, des italienischen Vertreters Biretti und des Amerikaners Frazer ergänzt werden.

Paris, 27. Juli. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in London berichtet, die juristischen Sachverständigen hätten einstimmig erklärt, die Deutschen müßten zur Londoner Konferenz ausbezogen werden. Herr Cuh habe sich mit Macdonald dahin verständigt, daß die Einladung erst erfolgen solle, wenn unter den Alliierten eine Einigung erzielt sei. Es scheint jedoch ausgemacht zu sein, daß man den deutschen Delegierten keine endgültigen, unabänderlichen Vorschläge überweisen werde, sondern daß man mit ihnen das Abkommen, das unterzeichnet werden solle, diskutieren werde. Unter diesen Umständen könne man keine Probeur ins Auge fassen, die ein Ultimatum in sich schloße. Uebrigens verhielt man in diplomatischen Kreisen, daß die deutschen Delegierten in London die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes als vornehmsten Punkt an der Tagesordnung setzen wollten. Man behauptet sogar, das Foreign Office sei bereit, amtlich hierüber in Kenntnis gesetzt. Es sei aber sicher, daß die französische Delegation sich einer Debatte hierüber widersetzen werde. Der Sachverständigenbericht behalte ausdrücklich die militärische Befehung unter der Bedingung vor, daß die Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches nicht löse. Es sei also kein Grund vorhanden, vor der Konferenz ein Problem zu behandeln, das ausschließlich zur Kompetenz der Befehlsmächte gehöre und über das Frankreich und Belgien, wenn der Augenblick gekommen sei, mit Deutschland verhandeln würden.

Geheime französisch-englische Verhandlungen?

Paris, 27. Juli. Zwischen der französischen und englischen Delegation sollen nach hier vorliegenden Meldungen zurzeit geheime Verhandlungen stattfinden. Herr Cuh wolle sich in der Frage der Verfehlungen Deutschlands und der Sanktionen die englische Unterstützung sichern. Er sei unter Umständen bereit, in der Ruhrgebietsfrage Zugeständnisse zu machen.

Zur Belassung französischer Eisenbahnen im Ruhrgebiet.

TU. London, 28. Juli. Die Eisenbahn-Sachverständigen des Dawesgutachtens haben den früheren britischen Kommandanten Sir Howe in Köln gebeten, einen Bericht zu erstatten über die Ausführbarkeit des französischen Wunsches, 4000 Eisenbahnen im Ruhrgebiet zu belassen. Die Antwort ist entgegen dem französischen Wunsch ausgefallen und wird der Londoner Konferenz unterbreitet werden.

Die Fragekategorien der juristischen Sachverständigen.

Paris, 26. Juli. Wie der Sonderberichterstatter des „Main“ mitteilt, haben die Juristen, die beauftragt sind, die Frage der Beteiligung deutscher Delegierter an der Londoner Konferenz zu prüfen, die zur Debatte stehenden Fragen in drei Kategorien eingeteilt.

1. Fragen, die nur die Alliierten interessieren.
2. Fragen, die aus dem normalen Rahmen der Angelegenheit heraus gelöst werden können, über die die deutsche Regierung mit der Reparationskommission verhandelt.
3. Fragen, über die zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen verhandelt werden muß. Unter die Kategorie fallen vor allen Dingen die Modalitäten der in industriellen Räumung des Ruhrgebietes, weil sie nichts mit dem Friedensvertrag zu tun haben und die eine Konsequenz des Dawesplanes seien und nur durch die Mitarbeit Deutschlands durchgeführt werden können.

Hughes besucht Poincare.

TU. London, 26. Juli. Hughes erklärte sich bereit, Poincare am Dienstag oder Mittwoch in Paris zu besuchen. Er wolle ihm Aufklärung geben über die Haltung Amerikas in allen europäischen Fragen einschließlich der Abrüstungs- und Schuldenfrage.

Belagerungszustand in Bukarest.

Ungeheure Erregung in der Hauptstadt.

TU. Bukarest, 27. Juli. Hier sind zwei Verordnungen des Kommandanten der 2. Armee, Holbar, erschienen, die die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Gebiet der Festung Bukarest enthalten. Die erste Verordnung betraf, daß alle Veröffentlichungen, mündlich oder schriftlich, eine Verderung der Regierungsform oder gewalttätige Aufhebung des staatlichen Grundgesetzes proklamieren, mit 6-10 Jahren Gefängnis bestraft werden. Der gleichen Strafe verfallen diejenigen Personen, welche Abzeichen oder Embleme tragen oder zur Schau stellen, welche als Symbole heftiger Ideen ausgefaßt werden können. Die zweite Verordnung bedroht mit Strafen bis zu 3 Jahren Gefängnis alle Teilnehmer an Versammlungen, die ohne vorherige Bewilligung der Militärbehörde abgehalten werden. Zusammenrottungen von mehr als 5 Personen werden schon als Versammlung bezeichnet.

Diese Verordnungen haben in Bukarest ungeheure Erregung hervorgerufen, da man sich den Zweck nicht erklären kann. Der Staatssekretär des Ministeriums des Innern Frasobisti erklärt, die Regierung denke nicht daran, den Belagerungszustand auf ganz Bukarest auszuweiten. Mit diesen Verordnungen wolle die Militärbehörde der Bevölkerung nur die Strafen zur Kenntnis bringen, welche das Dekret für die Verletzung der betreffenden Bestimmungen vorziet. Die Bukarester Blätter bemerken, daß es eine Ungeheuerlichkeit war, die Verordnungen zu veröffentlichen, weil sie im Auslande einen schlechten Eindruck über die innere Lage in Rumänien hervorgerufen haben.

Der Aufstand in Brasilien.

Schlagengrabentrieg bei Sao Paulo.

TU. Newyork, 26. Juli. Wie aus Buenos-Aires gemeldet wird, ist der Kampf mit den Rebellen um die Stadt Sao Paulo in das Stadium des Schlagengrabentrieges eingetreten. Wie weiter aus Washington gemeldet wird, ist dort ein Aufruf der brasilianischen Regierung an die Einwohner der Stadt Sao Paulo eingetroffen, in dem diese aufgefordert werden, die Stadt zu verlassen, da sie sonst unter der rücksichtslosen militärischen Aktion leiden müßten, die in wenigen Tagen durch die Regierungstruppen eingeleitet werden würde.

w. Washington, 26. Juli. Der amerikanische Botschafter in Rio de Janeiro überbrachte den Art der von dem brasilianischen Kriegsminister veröffentlichten Proklamation, in der die Einwohner der Stadt Sao Paulo aufgefordert wird, die Stadt zu verlassen und die Rebellen ihrem Schicksal zu überlassen. Der Minister hofft, daß die Zivilbevölkerung seinem Rufe Folge leisten wird, und daß ihr somit während der Operationen, die in einigen Tagen ausgeführt werden sollen, alle Leiden erspart bleiben.

w. Buenos-Aires, 27. Juli. Die Räumung von Sao Paulo wurde infolge der geringen Menge von Transportmitteln verzögert. Doch sind die Nachschubkräfte mit den Flüchtlingen überfüllt. Einen amtlichen Bericht zufolge erreichten die Regierungstruppen an der Südküste die Stadtgrenze und befinden sich kaum eine Meile von der bekanntesten Geschäftsstraße Sao Paulos entfernt.

Das englisch-russische Abkommen.

London, 27. Juli. „Times“ zufolge verlautet, daß der Entwurf des geplanten englisch-russischen Abkommens jetzt so gut wie vollständig ist. Gewisse finanzielle Fragen seien jedoch noch nicht geregelt. Mangels ihrer Lösung sei es mehr als wahrscheinlich, daß kein Abkommen irgendwelcher Art unterzeichnet wird.

Der politische Beobachter des „Daily Telegraph“ erzählt, die Sowjetregierung sende Kräfte nach London als letzte Hoffnung, um die englisch-russische Konferenz vor einem Scheitern zu retten. Er komme mit einer Liste von Zugeständnissen, die von der russischen Regierung den britischen Kapitalisten angeboten würden, unter der Bedingung, daß die Anleihe auslandskomme oder in irgendeiner anderen Form Kredit gewährt werde.

TU. London, 27. Juli. Der Sowjetbelegierte Ratowski ist nach Moskau zurückgekehrt, um mit der Sowjetregierung die Lage in Bezug auf die bisherigen Ergebnisse der englisch-russischen Konferenz in London zu besprechen. Wie verlautet, ist zur Befriedigung gewisser noch ausstehender Fragen, die in dem vorgeschlagenen englisch-russischen Vertrag noch keine feste Form erhalten haben. Hoffe, der frühere Sowjetbelegierte in Berlin, und Mitunterzeichner des Friedensvertrages von Brest-Litowsk und anderer Verträge, in London eingetroffen.

Die Landabgabe.

TU. Berlin, 25. Juli. Die vom Reichstagsabgeordneten Dr. Herß im „Vorwärts“ gegebene Darstellung, daß auf die Landabgabe etwa 42 Millionen Goldmark eingezahlt, 20 Millionen auf die Vermögenssteuer angerechnet und 22 Millionen weiter in bar zurückgezahlt worden seien, so daß die Landabgabe den Landwirten wieder reiflos zugeflossen sei, wird von berufener Seite als völlig unrichtig bezeichnet. Der genannte Betrag von 42 Millionen Goldmark stimmt zwar annähernd. Bei der Umrechnung der Goldmark auf Goldmark nach dem monatlichen Dollarkursstichtungs ist er aber zweifellos viel zu niedrig, da die meisten Verträge an Landabgabe vorläufiglich jeweils in den ersten Monatslagen eingegangen sind, bedarfbedürftig man den Dollarkursstichtungs der ersten Hälfte des jeweiligen Monats, so ergibt sich für die Einzahlungen ein Goldwert von etwa 109 Millionen. Man laßt bei Berücksichtigung der verspäteten Einzahlungen mit Sicherheit mit einem Ertrag der Landabgabe 1923 von mehr als 80 Millionen Goldmark rechnen. Durch Abführung der ursprünglichen auf 6 Monate bemessenen Erhebungszahlung auf 4 Monate sind für den fünften und sechsten Monat Steuererhöhungen geleistet worden, die nach der zweiten Steuerreformverordnung auf die Vermögenssteuer von 1924 anzurechnen sind. Sie werden bar nur infolge der Herausgabe, als sie die Vermögenssteuer von 1924 übersteigen. Diese Fälle sind äußerst selten, so daß grundsätzlich nur Anrechnungen auf die Vermögenssteuer von 1924 in Betracht kommen. Diese werden infolgedessen in den monatlichen Einzahlungsübersichten des Reiches als Erstattungen auf die Landabgabe und gleichzeitig als Einzahlungen auf die Vermögenssteuer nachgewiesen. Es sind daher nicht etwa, wie Herß angiebt, 20 Millionen Goldmark angerechnet und weitere 22 Millionen Goldmark von dem Auskommen an die Landabgabe abgezogen, so daß das Nettoauskommen an Landabgabe (80 minus 22 Millionen) rund 60 Millionen Goldmark beträgt.

Vertrag des bayerischen Landtages.

TU. München, 25. Juli. Entgegen der bisherigen Ansicht wird der bayerische Landtag Ende kommender Woche seine Sommerarbeit abschließen und sich bis zum Herbst vertagen. In der kommenden Woche sollen noch die wichtigsten Steuerfragen erledigt werden. Die Verabschiedung des Landtages dürfte durch die Vorlage des Kontrahats mit dem Vatikan eingeleitet werden.

Die Erö.

Gestern in der Straße, noch fieberhaft lebten Lager Betters bei

Ein feiner

Simmel her

daß sich der

die Anhängen

bewaffnet für

Man ist auf

Meinungen a

wie Henle

finden sich tei

ning, bevor r

Kurz nach

wirkt auf das

Zuschauerment

Dr. F. S.

fallen“ des V.

kurzen Ueber

sports und w

Ortsgruppe R

der muntere

geleitet hat.

Man ist auf

sich die Arbe

bahn.

und ruft die

runde. An

auf einem Ho

zwei kleinen R

fahrer.

Nun startete

nicht, das gute

genetisch und

P. S. leg sich

Das zweite

tend nach d

gibt es einen

Handbreite vor

Sehr intere

Der Chagay u

senfall: der

den. Genet. u

Kampf, und d

senbreite zurück.

Meister-Bau ein

die Zeit vorge

hätte man um

Und dann f

50-

Wierzeß Mann

mäßig. In d

Kraften, es l

nach der erste

Bei der 19. R

erste Wertu

Runden blei

Dann dürfen n

Bahn sein. Y

heit? Bei der

„Schwarte“ im

wertet. Die Z

Rufe hüben und

Nährung. Da

h. O. h. Berlin,

davon und schel

Wertung in der

55 Schlägen ge

Steigen begriffen

Güte des einen

mer ist etwas zu

dritten Wertung

stürzt P. a. d. A

getragen. Der

bruch fest. In

P. a. d. W. n. n. e

dem 2. W. n. n. e

stos. P. a. d. K.

kurz hinter 30 i

Nun giebt die M

stark an und befi

der vierten Wertu

gefahren. Nun t

auf das Ergebnis

legen sich scharf

Fahren zeichnet s

lichten Moment n

die Mannschaft

hat in der 12. R

letzen Kurze leg

ins Zeug und id

durchs Ziel. R

führten unfairen

scheidet bei der

Wenn in g. o. f

dem Rennen herbe

Zum letzten M

was zu reichlich

Durch ein Wsche

führt, muß der

Man sollte doch

nifikation achten.

vor W. M. e. i. n. o

Die Einweihun

Behr Aitenbochum, sie möge wachsen, blühen und
gedeihen.

über die gleiche Strecke gewannen die Kaiserlichen Preußen vor Italien.

Seite 3

Wahr Altenbodehum, sie möge wachsen, blühen und gedeihen.

Gegen 8 Uhr begaben sich dann die sämtlichen Wehren zum geschmückten großen Festsaal bei Hofen. Ein prächtiges Konzert ehemaliger Militärmusiker unter Leitung des Kameraden W. Brunne empfing hier die Festgäste. Steigerführer Wolf entbot unter der Feuerwehropole allen Erstbesenen, den bestreueten Wehren, der Amts- und Gemeindevertretung, den Gästen und nicht zu vergessen den Willkommengruss und verband damit die Hoffnung, daß allen Festgästen an diesem Jubeltage einige angenehme Stunden beschieden sein mögen.

Nach einigen Darbietungen des Orchesters erfolgte dann in feierlicher Weise die Ehrung und die Ueberreichung der Diplome an die Jubilar durch den Verbandsvorsitzenden, Kreisbrandmeister Hinz-Dör. Zum zweiten Male habe man in kurzer Zeit ein Jubeljahr der Wehr. Seien es vor 3 Wochen in Weimar 19 Jubilar, so seien es heute in Altenbodum 17 solcher treuen Kämpen. 25 Jahre sei eine lange Spanne Zeit, ein Menschenalter. Unser altes Lufungswort habe auch sie treu zusammengehalten, ständig seien diese braven Veteranen auf dem Posten. Glaubvoll sei heute die Uebung am Steigturm gewesen, treu haben sie stets zu ihren Fährten gehalten und seien ihnen gefolgt, wenn Gefahr im Verzuge gewesen sei. Die Jungen und die künftige Generation möge sich an diesen Getreuen ein Beispiel nehmen.

Gedächtnisfeier Lübbert verlas nun die Namen der folgenden Jubilare, die sich um ihre Führer auf der Bühne eingefunden hatten. Es waren dieses die Kameraden F. Grofche, F. Fiedt, S. Volz, Fr. Grofche, F. Stegerhoff, Ed. Widenburg, B. Sure, H. Zutterlich, H. Stratmann, B. Krusmann, W. Dtphe, B. Grofche-Wünig, Fr. Zutterlich, A. Strade, C. Meh, B. Vella, S. Kufle. Durch die Damen, Fräulein Volz und Widenburg, Töchter von Jubilaren, wurden den Veteranen dann die Auszeichnungen angetraut und die Diplome überreicht. Der Führer der Zuvorwehr Grofche sprach im Namen der Jubilare seinen Dank aus. Gemeinschaftlich erklang dann das schöne Lied: „Lobt Ihn denn den frohen Sang“. Der feierliche Akt der Ehrung war beendet. Nun folgten weitere Darbietungen der Kapelle und ein prächtiger von Fräulein Kufle eingeführter Dompteur.

Der zweite Führer der Jubelwehr, Kamerad Bestreb, hielt anschließend dann eine packende Ansprache. Er warf einen Rückblick auf die Vergangenheit der Wehr, die mit 39 Kameraden gebrannt haben und 30 passive Mitglieder. 30 Kameraden seien von der Wehr gelöst worden, nicht gerechnet eine Anzahl kleiner Fälle. 13 Kameraden hätten in der letzten Zeit der Tod der Wehr ereignet, seien 3 gefallen. Die Jubelwehr habe bis heute immer treu und fest ihren Mann gestanden. Auf zur Freie!

Der aufregende Beifall wurden diese kräftigen, aber Herzen gehenden Worte von der ganzen Festversammlung aufgenommen.

Das auserlesene Programm wies noch eine ganze Reihe von Darbietungen, Konzert, Reigen, Theater und d. 3. Teil noch einen Festball auf. In einem angenehmen Teile am Saale herrschte am ganzen Nachmittage ein reges Treiben. Auf einem Festplatz in der unmittelbaren Nähe gab es Volksbelustigungen aller Art. Die Altenbuchener Wehr kann auf ihren Jubeltage wohl mit Glück und Recht lokal sein.

Letzte Drahtmeldungen.

Kommunistische Untriebe in Kattowik.

Kattowik, 27. Juli. Wie die „Kattowiker Zig.“
 thet, wurde das gesamte 21er Komitee der Kommu-
 nisten verhaftet. Der Grund liegt in staatsfeindlichen
 Untrieben. Es wurden Flugblätter verbreitet, wonach
 Arbeiterhaft Oberbleichens am Sonntag in Kattow-
 ick erscheinen sollte, um mit Gewalt den Kampf für die
 Arbeiterrepublik durchzuführen. Die Eingänge der Stadt
 Kattowik sind durch verstärkte Polizeikräfte gesichert.

eca. Madrid, 27. Juli. In der Gemeinde Targa-
ta, in der Nähe von Valencia, versäpft man gegen
1½ heute vormittag zwei Erbstöße binnen einer
viertelstunde. In Huesca wurde im Verlauf des Vor-
tags ebenfalls ein Erbstoß verzeichnet, der 6 Sekun-
den anbauerte. In mehreren Orten im Gebirge waren
eits am letzten Dienstag mehrere Erdbeben verzeichnet

zur Ermordung des amerikanischen Konsuls.
Lehrern, 26. Juli. Die persische Regierung hat auf gemeinsame Note des diplomatischen Korps, in deren der Ermordung des amerikanischen Konsuls Ein-
erhöhen wird, eine Antwort erteilt, in der erklärt
den, die Polizei habe nicht auf den Böbel schießen
würde dadurch noch
zur Mut gereizt werden. Wegen der Ermordung
amerikanischen Konsuls seien 100 Verhaftungen vor-
genommen worden, darunter ein Priester, der sich als
britischer Agent betätigte.

Japans Bedingungen für Rußland.
Tokio, 26. Juli. Wie verlautet, hat das Kabinett beschlossen, daß ein russisch-japanisches Abkommen folgende Bedingungen enthalten müsse: Mündliche Entbindung Rußlands wegen des Massenmorbes in Japan, langfristige Konzessionen für Pelz und die Ausbeutung der Wälder in Nord-Sachalin durch eine japanische Gesellschaft, wobei die Beteiligung an Gewinn beteiligt werde, dagegen keine Konzessionen auf dem sibirischen Festlande. Eine weitere Bedingung würde die Vortzuehrhaltung des Berges von Portsmouth sein, der den russisch-japanischen Krieg abschloß, und Ausdehnung des japanischen Einflusses in den sibirischen Gewässern. Die Frage der Schulden könne bis nach Anerkennung der Sowjets gestellt werden. Wenn diese Bedingungen von Rußland angenommen würden, so würde Japan, wie berichtet, bereit sein, Sachalin bis Oktober zu räumen.

stelt die Burgsdorf, die an Frankfurt geheime
schiffe über das Marineluftfahrwesen geliefert
n, wegen Landesverrats zu je acht Jahren Zucht-
und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

antwortlich: Für Politik, Feuilleton und San-
Dr. S. Nibel: für Solales, Sport und Letzte
ididien: Ernst Dente; für Provinzialien, den
en Textteil: Unterhaltungsbeilagen: F. B.
Dente; für ate und Kleinanen: Emil
Billich in Bochum.

Montag, Dienstag, Mittwoch

die letzten Tage unseres

Sommerwaren-Verkaufs!

Während diesen 3 Tagen haben wir in sämtlichen Abteilungen eine nochmalige

Preis-Herabsetzung

vorgenommen, so daß alles Gebotene weit übertroffen wird.

Wir nennen keine Preise und Prozente und bitten Sie sich selbst zu überzeugen.

Gebrüder Abraham Bochum

Brück- u. Heinrichstr.-Ecke

Neue Eingänge

Junge Hahnen frisch geschlachtet	Pfund 1.50
Neue holländische Vollheringe	10 Stck. 0.70
ff. holländische Sardellen	Pfund 2.00
ff. frische Molkebutter	Pfund 2.10
ff. Emmentaler Käse	Pfund 2.00
ff. holl. Gouda-Käse 45% garantiert	Pfund 1.40
ff. Mainzer Käse Rolle, 10 Stück	0.45
Stangen-Spargel stark, 1924 er Ernte	2-Pfd.-Dose 3.60
Stangen-Spargel mittelstark, 1924 er Ernte	2-Pfd.-Dose 3.30
Stangen-Spargel 50/60 er 1924 er Ernte	2-Pfd.-Dose 3.00
Brech-Spargel mittel 1924 er Ernte	2-Pfd.-Dose 2.70
Rheinische Erdbeeren 1924 er Ernte	2-Pfd.-Dose 2.00
Rheinische Erdbeeren 1924 er Ernte	1-Pfd.-Dose 1.10

Die Preise verstehen sich in Bill.-Mark.

A. Barenberg
Bochum

Rottstr. 8-10. Fernspr. 244.

Bei Nerven- und Herzschwäche

ist **Sozon-Elixir** das unübertroffene Kräftigungsmittel. Mehrfach prämiert, gesetzlich geschützt. Allein echt im

Wörisholener Kräuterhaus, REINHOLD HARNACH
Viktoriastraße 3.

Billiger Bezug in PHOTO-BEDARF

für die moderne Amateur-Photographie
Entwickeln — Copieren — Vergrößern
Photo-Haus Hucklenbroich
Brückstraße 55

Korsetthaus Imperial

Bochum, Friedrichstraße 2
Ecke Wilhelmsplatz

Spezialität: Für starke Figuren

Doppelfeder-Korsetts

(2 aufeinanderliegende Uhrfedern)

Das Beste vom Besten

Vorrätig bis 100 cm Taillenweite

Reparaturen

an Maschinen und Geräten

jeder Art aus Fabrik- oder

Geschäftsbeirleben und Haushalt.

Alle Schlosser- u. Schmiedearbeiten

besorgt fachgemäß und schnell

Maschinenschlosserei und

Reparaturwerkstatt

Wiltenerstr. 18. Fernspr. 1787.

Nur beim Fachmann

kaufen Sie gut, reell und billig

SOFAS

Chaiselongues, Clubsessel, Club-

sofas, Matratzen und Auflagen in

eigener Werkstatt angefertigt.

Bettstellen in großer Auswahl,

sowie sämtliche

Polster-Material

für Reparatur und Selbstanfertigung wie

Seegras, Werg, Schnürfäden, Dre i,

sprungfedern, Gurte, Gardinen- u.

arkisen-Kordel, Rollengurte,

Lederriem, Sofazüge usw.

Auf sämtliche Sachen

Zahlungserleichterung!

Polsterei A. Thiel,

Humboldtstraße 92

Für die

Einmachzeit

empfehle ich

Weinessig

seit vielen Jahren als bester

Einmach- u. Speiseessig bewährt.

Citrovin-Essig Essig-Essenz

Cristall-Einmachzucker

Alle Gewürze unverfälscht

Sallcyi Pergamentpapier

Schwefelband Flaschenlack

Emil Traß Nachf.

Bochum, Am Wilhelmsplatz

Städtisches Orchester Bochum.

Morgen, Dienstag, 29. Juli, abends 8 Uhr im Stadtpark:

Großes Volkskonzert

Solisten - Abend

Leitung: Konzertmeister Curt Hofmann.

Solisten: Konzertmeister Adolf Loos, Violine;

Willy Noack, Klarinette.

Eintrittspreis 0.60 Bill.-Mk. (einschl. Programm).

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im städtischen

Schützenhof statt.

Schlegel-Gold

schmeckt gut, bekommt vorzüglich!

Unschliffen Vin

meinen

Bülmazzeinbrot.

Dampfzwebackrösterei

Olovg Jonkret

Bochum, Kirchstraße 5.

Für die Reise

empfehle alle Sorten

Koffer und Taschen

Rucksäcke, Trink-

flaschen, Becher, Etais

Ed. Köllermann

Rottstr. 41 Fernruf 444 Friedrichstr. 2.

Chemische fabrik **Walther Bosch**

G. m. b. H. / Telefon 19 / Bochum

bletet an ab Fabrik Hermannshöhe 20.

Amerikan. Autobenzin 0.730 / 0.740. Autoöl-

Raffinat 6-7. Wasserstoff und Sauerstoff.

Technische Oele und Fette

aller Art für die Maschinenschmierung zu den billigsten

Tagespreisen sofort lieferbar.



Das Kind gedeiht, die
Mutter lacht,
wenn sie Köstlicher
Schwarzbier
hat's gemacht.

Köstlicher Schwarzbier

ist ein Gesundheits-,
Nähr- und Kraftbier
ersten Ranges.
Herb, appetitregend,
nicht süß.

Man erhält Köstlicher Schwarzbier bei
Hofbräu, Weinhandlung, Bo-
chum, Wilhelmstr. 17, Fernruf 2491.
Wilhelm Hofbräu, Altenbochum, Wil-
helmstraße 88, Fernruf 3728.
Stro. Wirt, Gertrude Wedigenheim,
S. Bich, Langendreer, Wöhrstr. 9, Telefon
vmt. Witten 137
und in allen durch Schilber und Plakate
kenntlichen Geschäften.

Grammophon-Platten und Gramola

in unerreichter Auswahl.



Besuchen Sie meinen Vor-
speisraum ohne jeden
Kaufzwang.

H. Wolters Friedrichstraße 9.



Wer hat Stoff?

Liefere Anzug, Paletot, Raglan Ulster, mit sämtlichen Zutaten
garantiert gutstehend für 22.00 Goldmark und höher.
Sämtliche Sachen werden auf eigener Werkstatt angefertigt.
Mech. Groß-Schneiderei Essen.
Annahmestelle Bochum, Kias, Ehrenfeldstr. 6.

Der Unterricht wird hier u. a. von 2 Diplom-Ingenieuren erteilt. Der Schulbesuch umfasst zurzeit 3000 Pflichtschüler, 600 Gewerbeschüler und 60 Betriebsfachschüler. — Ein Rundgang durch die Ausstellung selbst führte durch die Lehrwerkstätten, Schmiede, Maschinenwerkstätten und Tischlerei, in denen die kleinen Besucher ihre erste praktische Ausbildung erhalten und teilweise ganz vorzügliche Präparationsarbeiten leisten. Die Ausstellungsräume der Konstruktionswerkstätten zeigten Arbeiten von besonderer Güte. Im Räume des Friseurgewerbes sah man künstliche Haararbeiten, in dem der Form- und Mechaniker Modelle und Zeichnungen. In Sattlerei sowie Schuhmacherei waren Musterarbeiten ausgelegt, denen man anfangs, mit welchem Eifer, aber manchmal auch mit welcher großer Mühe sie angefertigt waren. Erwähnenswert bleiben noch die teilweise ebenfalls ganz erstklassigen Arbeiten der Kunstgewerbetler, Maler, Buchbinder und Tischler. Ein Lehrfilm „Erzeugung von Eisen“ veranschaulichte die Veranlassung, die davon zeugt, daß in unserer Jugend auch heute noch Kräfte schlummern, die gewandt zur Befriedigung des kulturellen Bedürfnisses der Bevölkerung beitragen werden. — Die Ausstellung bleibt noch bis heute abend 8 Uhr geöffnet.

ha. Die Teuerung in den einzelnen Städten. Die Kosten der Lebenshaltung in den einzelnen Städten stellen sich für die bekannte Normalfamilie in 4 Wochen am 18. Juni für Berlin auf 88,8 M., Hamburg 101,6, Köln 98,4, Leipzig 96,1, München 103,2, Dresden 98,0, Breslau 86,2, Essen 94,0, Frankfurt a. M. 105,5, Hannover 95,7, Nürnberg 94,1, Stuttgart 115,7, Chemnitz 99,3, Dortmund 98,4, Magdeburg 86,0, Königsberg i. Pr. 94,2, Bremen 105,2, Stettin 90,4, Mannheim 108,0, Kiel 87,0, Augsburg 98,7, Nauen 93,5, Braunschweig 95,4, Karlsruhe 103,4, Erfurt 91,4, Krefeld 94,5, Lübeck 92,5, Posen 104,6, Ludwigshafen 109,1, Darmstadt 102,5, Gera 94,2, Weidach 91,8, Frankfurt a. O. 88,7, Dessau 82,7, Koblenz 99,4, Solingen 104,0, Halberstadt 89,7, Schwerin 83,8, Oldenburg 83,1, Worms 97,0, Weiden 103,3, Göttingen 93,3, Eisenach 93,8, Stolp 85,8, Weimar 102,2, Waldenburg 79,0, Serford 93,3, Naumburg 87,5, Weißenfels 79,8, Gießen 101,7, Schweinfurt 98,9, Lüneburg 79,4, Eberswalde 79,4, Weiden 96,8, Reutlingen 86,0, Marienwerder 81,3, Neustadt 85,6.

ha. Die alten Unbedenklichkeitsvermerke bleiben in Geltung. Die Unbedenklichkeitsvermerke, die vor der Aufhebung der Ausreisegelder ausgestellt worden sind, haben ein Teil der Finanzämter mit der Aufhebung, also dem 18. Juni für ungültig erklärt. Das Reichsfinanzministerium hat aber auf eine Anfrage den Vermerk erteilt, daß die früheren Unbedenklichkeitsvermerke ihre Gültigkeit bis zum Ablauf der Frist behalten, die bei ihrer Ausstellung festgesetzt worden ist. Weber das Aufheben der alten noch das Inkrafttreten der neuen Verordnung ändere daran etwas.

Die Zuteilung eines Wohnraumes. Vom Wohnungsausschuss wird ein Gesuch: Unzulässige Prozesse werden vor den Gerichten (Mietungsausschuss, Mietungsausschuss, Berufungsausschuss des Landgerichts) geführt gegen die Zuteilung eines Mieters durch den Wohnungsausschuss. Nach dem erneuten Wohnungsmangelgesetz vom 26. Juli 1923 kann die Gemeindebehörde für eine unbefristete Wohnung oder andere unbefristete Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, von dem Verfügungsberechtigten verlangen, daß er mit einem der ihm bezeichneten Wohnungssuchenden innerhalb einer angemessenen Frist einen Mietvertrag abschließt. Aus diesem Vertrag schließen die Hausbesitzer, daß ihnen mehrere Mieter zugewiesen werden müssen, von denen sie einen auswählen können. Das Kammergericht hat in einem Streitfall in diesem Sinne entschieden und zwar nach dem Wortlaut der Bekanntmachung der Gemeindebehörde, die eine solche Zuteilung ausstellt. Nicht alle Verfügungen der Gemeindebehörde haben diesen Wortlaut. In der Böcherer Bekanntmachung ist beispielsweise nicht von mehreren dem Verfügungsberechtigten bezeichneten Wohnungssuchenden die Rede, sondern ausdrücklich ist darin gesagt, daß der Magistrat dem Verfügungsberechtigten einen Wohnungssuchenden zuweisen kann. Auch der Minister hat die Kammergerichtsentscheidung dahin ausgelegt, daß nur in solchen Gemeinden mehrere — etwa drei — Wohnungssuchende zugewiesen werden müssen, wo dies vor Erlass des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 nach der Gemeindeverordnung gehandhabt worden ist. Alle auf Zuteilung mehrerer Wohnungssuchenden gerichteten Einsprüche gegen das Wohnungsausschuss sind erfolglos und belaufen ganz unnötigerweise die Gerichte und bereiten den Parteien große Verlegenheit und Kosten. Außerdem bewirken sie, daß Wohnungen während der Prozesse oft wochenlang leer stehen und die ohnehin schon verärgerten Wohnungssuchenden noch mehr erregen. Dies sollte unter allen Umständen vermieden werden. Im Einzelfalle läßt sich freilich darüber reden, ob der zugewiesene Mieter für das betr. Haus gerade geeignet ist. Vorhergehende Streitigkeiten und dergl. lassen sich manchmal abgeklärt erscheinen, einen zugewiesenen Mieter zurückzugeben. Dies kann aber nicht in jedem Falle geschehen, etwa in der Weise, daß die Wohnungszwangswirtschaft damit schneller zur Strecke zu bringen. Die Hausbesitzer wollen bedenken, daß die unnötige Belastung der Wohnungs- und Mietungsausschüsse, sowie Mietungsausschüsse nicht nur den Mietern, sondern auch den Hausbesitzern unnötige Steuerlasten aufbürdet.

U. Fahrkarten für Ferienbesucher. Die Fahrkarten zu den neu eingelegten Ferienbesuchern nach Hamburg am 6. August, nach München am 1. August, nach Basel und Konstanz am 4. August, nach Würzburg (Machung) am 2. August, nach dem Nordsee am 7. August und nach Thüringen am 9. August können am 29. Juli 1924 um 9 Uhr vormittags von den Bestellern bei der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Bahnhofstr. 35, abgeholt werden.

ha. Ausstehende Krankheiten. Die Zahl der ansteckenden Krankheiten im Deutschen Reich ist in der Woche vom 22. bis 28. Juni gestiegen bei Diphtherie um 33 auf 569, Unterleibstypus um 56 auf 281, übertragbare Ruhr um 11 auf 120, Rindpest um 1 auf 94, Rinderpest um 52 auf 78, Viehverletzungen durch tote Tiere um 14 auf 40, Genickstarre um 2 auf 15. Sie ist gefallen bei Lungen- und Keuchhustentuberkulose um 7 auf 1212, Scharlach um 12 auf 481. Neu aufgetreten ist Milzbrand mit 3 Fällen, Tollwut 2, Rindpestfieber und Waden 1 Fall.

* Die Preise für elektrischen Strom. Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat sich in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gegen die von diesem in einem Rundschreiben verteilte Meinung gewandt, daß die Tarife von vielen kommunalen Elektrizitätswerken auf einer Höhe gehalten würden, die angelegten des Preisrückganges aller Materialien und Sinkens der sonstigen Unkosten nicht mehr gerechtfertigt sei. Eine Zusammenstellung der Preise für die Kilowattstunden von Lichtstrom zeigt in der Tat, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Preisrückgang nicht wesentlich überschritten wurde. In Hamburg, Dresden, Breslau, Hannover, Bremen, Kiel und Lübeck liegt der Preis für Strom sogar unter demjenigen vom Juli 1924. Der Rückgang schwankt zwischen einem und fünfzehn Prozent. In Nürnberg und Magdeburg ist keine Abnahme

Sitzung des Kreistages.

— r. Wie wir schon kurz berichteten, hielt am Freitag der Kreistag seine Sitzung ab.

Landrat Stühmeier, der seit einigen Tagen wieder sein Amt vertritt, eröffnete die Sitzung und dankte dem Abg. Reklaff und den übrigen Mitgliedern des Kreistages für ihre Tätigkeit während seiner Abwesenheit. Er hofft, in Zukunft in gemeinsamer ungeörter Tätigkeit mit ihnen für das Wohl des Kreises tätig zu sein.

Abg. Reklaff begrüßte den Landrat seinerseits im Namen des Kreistages und gab den gleichen Hoffnungen Ausdruck.

Alsdann wurden die Schriftführer gewählt.

Nach Verlesung der Anwesenheitsliste — es waren 24 Abgeordnete anwesend, 8 fehlten — trat man in die Tagesordnung.

ein. Zum Punkt 1. Abnahme der Bilanzen des Wirtschaftsjahres 1922/23 sowie Genehmigung der Größungsbilanzen, gab Dir. Henkel den erläuterten Bericht. Die dem Kreistage zur Genehmigung vorliegenden Bilanzen der wirtschaftlichen Betriebe von 1922/23 seien Papiermarkt-Bilanzen, aus denen sich naturgemäß kein Bild über den Stand der Betriebe gewinnen läßt. Erst die gleichzeitig zur Genehmigung vorliegenden Goldmark-Größungsbilanzen pro 1. Januar 1924 lassen den Vermögensstand der Betriebe erkennen. Ob und welche Ueberschüsse die Betriebe im laufenden Rechnungsjahre bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage erzielen werden, müsse die Zukunft zeigen.

Abg. Schmidt bat, bei allen wirtschaftlichen Betrieben Wirtschaftsbilanzen zu ziehen, damit der Kreis eine Uebersicht über die Ertragsfähigkeit der Unternehmen habe. Er sprach über die Abhebung des Kaufhautes Aktiva und der gemeinnützigen Wirtschaft, über die wirtschaftliche Lage der Holzverarbeitungsfabrik in Herne. Diese dürfte ebenso wie die Wobeltelle keine Konkurrenz für das selbständige Handwerk werden.

Landrat Stühmeier erwähnte die Abhebung der Wirtschaften und beauftragte dann die Geschäftsführung der Wobeltelle. Er machte darauf aufmerksam, daß die Betriebe nicht abgehoben werden dürfen, da sie gewinnbringend arbeiten und der Ueberschuss den Wohlfahrtsanstalten zugute komme. Bei Verkauf der Unternehmen müßten diese Summen durch Steuern aufgebracht werden, und dadurch würde der gemeinnützige Mittelstand noch stärker getroffen.

Abg. Marxberger trat für die Erhaltung der Betriebe ein, die Holzverarbeitungsfabrik dürfe jedoch keine eigenen Verkaufsstellen errichten.

Nach kurzer weiterer Aussprache wurde beschlossen, die Umwandlung der Wirtschaft in eine G. m. b. H. vorzunehmen, falls sich eine günstige Gelegenheit bietet, ein Kinderheim an der See anzufangen. Bilanz und Größungsbilanz wurden einstimmig angenommen.

Dir. Henkel gab dann den Bericht über die dem Kreistage vorliegenden

Haushaltspläne, die zum ersten Male seit Kriegsende wieder in Goldmark aufgestellt seien. Da die wirtschaftlichen Betriebe nach rein kaufmännischen Grundsätzen geführt werden, ihr Vermögen und ihre Geschäftsergebnisse ihren Ueberschüssen in der von ihnen geführten kaufmännischen Buchführung finden, so könne der vorliegende Haushaltsplan des Wirtschaftsjahres 1924/25 naturgemäß kein wirkliches Bild von den für das laufende Rechnungsjahr zu erwartenden Ergebnissen bieten. Dieser Haushaltsplan stelle daher gewissermaßen nur ein Schema dar, dem durch die im Laufe des Jahres er-

teilung eingetreten. Um 2 Pfennige verteuerte sich die Kilowattstunde in Berlin und Düsseldorf, um 5 Pfennige in Chemnitz und Altona, um 6 Pfennige in Kassel, um 8 Pfennige in Köln, um 10 Pfennige in Frankfurt a. M. und Stettin, um 14 Pfennige in Halle a. S., um 15 Pfennige in Königsberg und Lübeck, um 20 Pfennige in Stuttgart und um 30 Pfennige in Leipzig. Der Vorstand des Deutschen Städtebundes weist darauf hin, daß die Steinkohlpreise, die für die nicht mit Wasserkraft arbeitenden Werke den Hauptausgabenposten darstellen, heute immer noch das Doppelte der Friedenspreise betragen, und daß Gaspreise, Löhne und sonstige Unkosten, bezogen auf die Kilowattstunde, ebenfalls wesentlich gestiegen sind, und erhebt gegen die Forderung Einspruch, daß im kommunalen Auflichtwege auf die Gemeinden einzuwirken werden soll, daß die Strompreise der kommunalen Werke auf „das wirtschaftlich gerechtfertigte und erträgliche Maß“ herabgesetzt werden, als täglich der Grundlagedeckung, die finanzielle Lage der Städte verfallend und zugleich in die Selbstverwaltung der Städte eingreifen.

ha. Lehrerngehälter nach 1—7 Dienstjahren. Die Höhe der ruhegehaltfähigen Bezüge der Lehrer mit weniger als sieben Dienstjahren war nach Umstellung der Beamtenbefolgungen auf Goldmark zweifelhaft geworden. Die Frage ist von Bedeutung für die Berechnung der Versorgungsbezüge der Lehrer, die vor Vollendung einer anrechnungsfähigen Schulzeit von 7 Jahren ausgeschieden sind. Dasselbe gilt für die Anwartschaftsbezüge ihrer Hinterbliebenen, neuerdings auch für die Festsetzung der Wartegeldbezüge der Pflanzlingslehrer. Eine Verfügung des Volksbildungsministers kommt zu dem Ergebnis, daß vom 1. April an bei einem Anfangsgrundgehalt der Besoldungsgruppe von 1500 Mark die ruhegehaltfähigen Grundverfügungen für Lehrer im 1. Dienstjahre 70 Proz. betragen und mit dem 2. Dienstjahre um 10 Proz., mit jedem weiteren bis zum 5. um 5 Proz. steigen, im 6. und 7. gleichermäße 95 Proz. ausmachen. Für Lehrerinnen beträgt er 10 Proz. weniger. Dazu tritt der ruhegehaltfähige Ortszuschlag der Ortsklasse B mit gegenwärtig 348 Mark.

* Ohne Fahrkarte. Ueber die Nachzahlung von Seiten der Reisenden ohne Fahrkarte sind die Ausfuhrungsbestimmungen zur Eisenbahnverordnung mit Genehmigung des Reichsverkehrsministers für den Bereich der Reichsbahn mit sofortiger Gültigkeit geändert worden. Einen Zuschlag von 50 Pf. zum tarifmäßigen Preis zahlt, wer sofort unangekündet dem Schaffner mitteilt, daß seine Fahrkarte abgelaufen ist, oder daß er eine höhere Wagenklasse als die benutzt, die seiner Fahrkarte entspricht, oder auch, daß er eine Zugattung mit höherem Fahrpreis benutzt. Im ganzen ist aber nicht mehr als der doppelte Preis zu entrichten. Der Zuschlag ist sowohl bei Nachzahlung im Zuge als auch auf einer Station zu zahlen.

ha. Friedensschwankungen der Währungen. Saison-schwankungen der europäischen Währungen hat das Statistische Reichsamt festgestellt. Diese Bewegungen machen sich in allen Währungsgruppen geltend. In den letzten vier Jahren war im gesamten Durchschnitt, von einzelnen Sonderbewegungen abgesehen, die Währung dieser Währungen durch den Kurs des Dollars in der ersten Hälfte des Jahres verhältnismäßig günstig, in der zweiten weniger günstig. Die Erleichterung wurde schon im

zielen Ergebnisse erst Inhalt gegeben werden könne. Der Plan schließt in Einnahme und Ausgabe, mit 264 576 Mk. ab. Die Vermögensübersicht des Wirtschaftsjahres weist einen Vermögensüberschuss von 4 771 320 Mk. aus.

Der Haushaltsplan des Wirtschaftsjahres 1924/25 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 840 000 ab. Er erfordert einen Zuschuß aus der Allgemeinen Verwaltung von 1 110 000 Mk. Den Hauptanteil an diesem Zuschusse bilden die auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung vom Kreise zu übernehmenden Lasten der allgemeinen Armenfürsorge der Gemeinden mit 863 802 Mk. Durch diese Uebernahme würden die Gemeinden entsprechend entlastet. Für das Wirtschaftsjahr 1924/25 im eigentlichen Sinne beläuft sich daher der Zuschuß nur auf 246 198 Mk. Hieran seien unter anderem beteiligt die Familienfürsorge mit 145 136,39, die Tuberkulosefürsorge mit 23 612,32 Mk., die Krüppelfürsorge mit 10 630,44 Mk., das Kinderheim in Bad Rotenfels mit 27 124,69 Mk., das Säuglingsheim in Harpen mit 11 575,52 Mk., die allgemeine Gesundheitspflege mit 14 431,34 Mk., Jugendamt und Jugendpflege mit 25 535,84 Mk., Gesamtwert mit 8860,43 Mk.

Der Haushaltsplan der Allgemeinen Verwaltung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 540 000 Mk. ab. Er weist einen Zuschuß aus den Kreisbeiträgen von 1 075 802 Mk. auf. In diesem Kreisbeiträge seien die beim Wohlfahrtsamt bereits erwähnten 863 802 Mk. für die Uebernahme der allgemeinen Armenfürsorge der Gemeinden enthalten. Der eigentliche Kreisbeitrag der Allgemeinen Verwaltung beläuft sich daher auf 212 000 Mk., d. h. derselbe Betrag, der im Jahre 1914 erhoben worden ist. Wenn man berücksichtigt, daß die Allgemeine Verwaltung an das Wohlfahrtsamt einen Zuschuß von 1 110 000 Mk. leistet, so erache sich, daß die Allgemeine Verwaltung die Kreisbeiträge nicht in Anspruch nehmen, und nicht nur seine Ausgaben einschließlich der Provinzialabgaben in Höhe von 106 208 Mk. aus den Kreisbeiträgen und eigenen Steuern einnehmen des Kreises bedecken, sondern auch noch einen kleinen eigenen Zuschuß von 34 198 Mk. an das Wohlfahrtsamt leisten. Auch beim Haushaltspläne der Allgemeinen Verwaltung sei zu erwähnen, daß er durch Zuschüsse aus dem vorigen Rechnungsjahre nicht belastet sei.

Abg. Schmidt forderte auch hier größte Sparsamkeit, besonders auf dem Gebiete der Gehälter. Es entspann sich eine längere Aussprache über die Einkünfte der Amtmänner in Besoldungsgruppe 12, die von anderen Rednern als zu hoch angesehen wurde.

Landrat Stühmeier antwortete, daß diese Besoldung in allen umliegenden Kreisen üblich sei und der Verfügung des künftigen Ministers entspreche. Der Kreistag sei überdies zur Regelung der Frage nicht zuständig.

Abg. Schmidt beantragte das Gehalt des Kreisbaurates, die im Haushalt angeführten Positionen Schankkonsumsteuer und Zuschuß für das Kreis-Mietungsausschuss.

Dir. Henkel stellte die aufgeworfenen Fragen klar.

Der Haushaltsplan für 1924 wurde dann einstimmig angenommen und dem vorliegenden Antrag zur Deckung des Kreisbeitrages ausgemittelt.

Der Kreistag beschloß anschließend an diese Beratung, in nächster Zeit eine Festlegung des Kinderheims in Rotenfels vorzunehmen.

Mit Wahlen zum Verbandsausschuss des Zweckverbandes der Landwirtschaftlichen Schule in Dortmund fand die öffentliche Sitzung um 7 Uhr ihr Ende.

Frieden beobachtet. So betrug der Durchschnitt des Dollarkurses in Berlin von 1900—1913 im Januar 4,1987, stieg im Februar auf seinen Höhepunkt mit 4,2021, um dann vom Monat zu Monat bis zum Juni auf 4,1916 zu fallen. Dann hob er sich wieder von Monat zu Monat auf einen zweiten Spielplatz im Oktober und November mit 4,2017. Der letzte Monat des Jahres brachte brachte wieder eine Abnahme auf 4,1983, um im Januar wieder unbedeutend zu steigen. Der Rückgang im Frühjahr dürfte auf das steigende Angebot amerikanischen Geldes infolge der Reisen der Amerikaner nach Europa zurückzuführen sein.

ha. Widerruf einer bedingten Aussetzung der Strafvollstreckung. Den Widerruf eines Beschlusses über die Aussetzung einer bedingten Strafvollstreckung können Tatsachen begründen, die dem Gericht nachträglich bekannt geworden sind. Nach einer Mitteilung des Justizministers sind darunter aber nur solche zu verstehen, die in der Person des Verurteilten liegen und ihn der bewilligten Aussetzung unwirksam erscheinen lassen. Dazu gehören a. B. Disziplinärstrafen, die bei Erlass des Beschlusses noch nicht bekannt sind. Dagegen genügt es nach einer Verfügung der Rechtsabteilung des Reichsverkehrsministeriums nicht, wenn das Gericht verkannt hat, den Disziplinärvergehen über die bedingte Aussetzung zu hören.

Wiederabnahme des Verkaufs von Eisenbahnfahrkarten. Wie aus dem Reisebüro der Hamburg—Amerika-Linie, Hamburg, Sumboldstr. 2, mittelt, nimmt daselbst der Verkauf von amtlichen Eisenbahnfahrkarten und Schlafwagenkarten sowie Mehrfahrkarten für die deutsche Reichsbahn und das Ausland ab 1. August wieder ab. Vorab werden jedoch nur Mehrfahrkarten bei Stationen des unbesetzten Gebietes ausgeben. Bestellungen hierauf werden ab sofort in vorbezeichnetem Büro entgegengenommen.

1. Schwer verlegt. Von einem bösen Mißgeschick wurde in einem Hause an der Robertstraße die Familie des Arbeiters P. heimgesucht. Der ca. 9 Jahre alte Junge Wilhelm P. kletterte durch eine Fensterhebel hindurch. Bei dieser Gelegenheit geriet der Knabe mit seinen Beinen in eine zerbrochene Schüssel und verletzte sich eine Wade so, daß die Schlägader getroffen wurde. Nachdem ein Arzt einen Notverband angelegt hatte, wurde der Knabe in das Krankenhaus geschafft.

Polizeigericht. Gestohlen wurde aus einem Hausflur an der Kaiser-Wilhelm-Straße eine wasserfeste Tumbade, circa 4 mal 4 Meter groß, grau-weiße Farbe. Zur Uebergabe gelangten: drei Personen wegen Betruges, zwei Personen wegen Diebstahls und eine Person wegen Unterschlagung, ferner eine Person, die flüchtig ist.

Aus Dresden. Nutztiger Zusammenstoß. Der letzte Rohntag ist manchem jungen Bergmann wieder recht verhängnisvoll geworden. Dem leeren Magen wurde Alkohol zugeführt, wovon die Folge war, daß statt den Heimweg zur Mutter anzutreten, von einer Kneipe zur anderen gezogen wurde. So kam es denn, daß in zwei Wirtschaften von der Morgenschicht die Vergleiche noch klappten, als die Mittagschicht schon ihr Tageswerk vollbracht hatten. Die erstickten Köpfe dagegen berart

hart aneinander, daß im Kirchviertel die Polizei gerufen werden mußte, die noch einschritt. Das Messer hatte aber auch wieder eine sehr traurige Rolle gespielt, sodaß der Krankenwagen Berge dem Krankenhaus zuführen mußte. — Abbestellte Hochzeit. Einem jungen Manne von hier wurde am Hochzeitstage wieder leid, seine Braut heimzuführen, mit der er seit Jahren ein Verhältnis hatte. Nach einer Auseinandersetzung wurden die befestigten Trauzeugen wieder aufgestellt und die Aufgebote rückgängig gemacht.

X. Bati, ist Weihnachten? Vor wunderbaren Spielfächen steht ein kleiner Bus. Sein Kinderherz kann nicht fassen, daß all diese Pracht so mitten im Sommer den Kleinen zur Schau gebracht wird — Bati muß ihm Auskunft geben. Es mußte aus aber auch wirklich weihnachtlich an, wenn man durch das festlich geschmückte Kaufhaus Gebr. Albers geht, das unter der Fönung „Fabel und Trübel im ganzen Hause“ kindertage veranstaltet. Alles ist mit solchen bunten Lampen behängt. Wisse-Busse-Köpfe schauen uns überall entgegen. Und dann der Viehe, der aus einer buntemalenen Truhe emporsteigt und seine große rote Nase in die Luft steckt. Kleine Leddyhären klettern an Leitern herum und niedliche Puppen feiern ein Erntedankfest. Ein richtiges Kindertheater ist da und — das schönste von allem: im 4. Stockwerk können unsere Kleinen tatsächlich Karussell fahren. Alles, was der Kinderherz begehrt, ist dort zu sehen. Und wenn man etwas einkauft, bekommt man sogar noch eine Windmühle geschenkt. Kind, was willst du mehr!

Über nicht nur zum festlichen Spiel unserer Kinder ist alles zu erhalten, sondern auch das, was wir für die Kleinen an nützlichen Gegenständen benötigen. Sommerkleidung für Haus und Schule, für Stadt und Land, für See und Gebirge. Und wer will da veräumen, von dieser Gelegenheit, billig einzukaufen, Gebrauch zu machen. Man findet alles, was man wirklich benötigt für die Kleinen und die großen Leute.

Aus dem Landkreis Böcher.

ao. Gerthe, 26. Juli. Realschule. Im Jahre 1919 beschloß die damalige Gemeindevertretung die Errichtung einer höheren Knaben- und Mädchenschule. Es wurde eine Realschule gegründet, die später in eine Mittelschule umgewandelt wurde. Diese Anstalt hatte jedoch kein entsprechendes Heim erhalten, sie mußte in Holzbaracken untergebracht werden. Im letztem Uebel abzuheilen, entschied sich die Gemeindevertretung für den Bau eines eigenen Schulgebäudes. Erreicht wurde daraufhin der gewaltige Bau zwischen Schöninger- und Fiedlerstraße. Den Vermählungen der beruflichen Stellen gelang es außerdem, bei der Regierung die Unerkennung der Behrhaltung als Realschule durchzusetzen. Gestern nachmittag fand die Wahl des Direktors durch das Kuratorium statt. Es waren rund 70 Wählerinnen eingegangen. Von den in die engere Wahl gestellten fünf Bewerberinnen wurde der Studienrat Fischer aus Dorstow gewählt.

ao. Gerthe, 26. Juli. Unnütze Anfrage. Vor einiger Zeit ging eine Notiz durch die Zeitung, daß der Kreisangehörige Markowitsch nach 10jähriger Ueberschuldung zurückgekehrt ist. Markowitsch hat angegeben, daß noch zwei Deutsche dort seien, deren Namen er nicht wisse. Von allen Seiten gehen nun Anfragen von Anwohnerinnen der Gemeinde ein. Markowitsch, wiederholt befragt, will keinerlei Angaben über Art seiner Gefangenschaft und Namen der Mitgefangenen machen können. Er gibt an, in einer Fabrik gearbeitet zu haben und von deutschen Gefangenen — er ist Oesterreicher — völlig getrennt gehalten worden zu sein. Nach seiner Angabe sind die Deutschen jetzt 26—29 Jahre alt. Weitere Anfragen erübrigen sich daher.

Aus der Nachbarschaft.

li. Wattenfeld, 26. Juli. Verkehrsfragen. Die Stadtverwaltung Wattenfeld wird in Verbindung mit der Amts- und Kreisverwaltung Schritte unternehmen, um die Weiterführung der Straßenbahnlinie der Westfälischen Straßenbahn, die bekanntlich über Höntrup bis Wattenfeld geführt wird, bis Günnigfeld zu erreichen. Erklärlicherweise herrscht in Günnigfeld sowohl wie in Wattenfeld Erregung über die Uebst, den Betrieb auf der Strecke Wattenfeld-Günnigfeld nicht wieder aufzunehmen. Auch der Verkehrsverein von Stadt und Amt Wattenfeld hat sich eingehend mit den das Interesse und die Belange unserer Stadt aufs engste berührenden Verkehrsfragen beschäftigt und ist gleichfalls zu der Auffassung gekommen, daß die Stadt Wattenfeld alle Veranlassung hat, sich gegen die dauernde Stilllegung der Strecke Wattenfeld-Günnigfeld energisch zur Wehr zu setzen. Hoffentlich bleiben die Vermählungen der drei Verwaltungen nicht ohne Erfolg, sodaß demnach die Wiederaufnahme des Betriebes die Linie Höntrup-Wattenfeld bis Günnigfeld durchgeführt werden kann.

* Gerne, 26. Juli. Landaufenthalt. Kinder, die von ihren vorläufigen Pflegeeltern aus den Kreisen Bremerode, Syle, Lauenburg, Nordböhmerischen (Syle), Güllingen und Springe zum Landaufenthalt eingeladen worden sind, können sich bis spätestens Mittwoch, den 30. d. M., im Jugendamt, Rathausstraße, Zimmer 1, melden. Die Einladungen der Pflegeeltern sind dem Jugendamt vorzulegen.

at. Stiepel, 26. Juli. Gemeinderats-sitzung. Am Freitag, den 26. Juli, trat das Gemeinderatsamt von Stiepel um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Zunächst erfolgte die Begrüßung der beiden neugewählten Gemeindevorsteher, der Herren Lehrer Vennhoff und Landwirt Wehrenbeck. Nachdem das Sitzungsprotokoll der vorigen Sitzung verlesen worden ist, tritt man in die Beratung des Schulrats ein. Vorher wurde kurz der Etat der Kosterbrücke durchgesehen. Der Schulrat enthält u. a. auch die Kosten für die gewerkschaftliche Fortbildungsschule. Der Vorschlag der Finanzkommission geht dahin, das Schulgeld für dieselbe fallen zu lassen und die Kosten auf die kommunale Kasse zu übernehmen. Nach langer Debatte über diesen Punkt wird beschlossen, das Schulgeld zu er-mäßigen. Die Gesamtschulden betragen insgesamt 58 527,28 Mk. Der erste Punkt des Haupt-Haushaltsplanes ist ein Kostenantrag über den Betrieb der Fiegelei. Für Unterhaltung und Reparatur sind 800 Mk., für Maschinen 2000 Mk., für Gehälter und Lohn 20 000 Mk. Die Gesamtausgaben sind auf 43 100 Mk. veranschlagt, die Deckung soll durch Verkauf von Fiegelei, die eine Einnahme von 48 000 Mk. ergeben sollen, erfolgen. Abhängig ist natürlich diese Zahl von der Belegung des Baumarktes, da, wie der Amtmann erklärt, weitere Gelder in das Fiegeleigenossenschaftswesen nicht mehr hineingesteckt werden könnten. Die Fiegelei sei dann evtl. stillzulegen. Weiter weist der Hauptetat folgende Kosten auf: Die Ausgaben für die Siebelung in Höhe von 100 000 Mk. sind durch eine Ueberschneidung in gleicher Höhe gedeckt. Der Betrag für den Betrieb der Schiffarmachung der Ruhr beträgt 100 Mk., die Amtskosten für das Ge-

at. Stiepel, 26. Juli. Gemeinderats-sitzung. Am Freitag, den 26. Juli, trat das Gemeinderatsamt von Stiepel um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Zunächst erfolgte die Begrüßung der beiden neugewählten Gemeindevorsteher, der Herren Lehrer Vennhoff und Landwirt Wehrenbeck. Nachdem das Sitzungsprotokoll der vorigen Sitzung verlesen worden ist, tritt man in die Beratung des Schulrats ein. Vorher wurde kurz der Etat der Kosterbrücke durchgesehen. Der Schulrat enthält u. a. auch die Kosten für die gewerkschaftliche Fortbildungsschule. Der Vorschlag der Finanzkommission geht dahin, das Schulgeld für dieselbe fallen zu lassen und die Kosten auf die kommunale Kasse zu übernehmen. Nach langer Debatte über diesen Punkt wird beschlossen, das Schulgeld zu er-mäßigen. Die Gesamtschulden betragen insgesamt 58 527,28 Mk. Der erste Punkt des Haupt-Haushaltsplanes ist ein Kostenantrag über den Betrieb der Fiegelei. Für Unterhaltung und Reparatur sind 800 Mk., für Maschinen 2000 Mk., für Gehälter und Lohn 20 000 Mk. Die Gesamtausgaben sind auf 43 100 Mk. veranschlagt, die Deckung soll durch Verkauf von Fiegelei, die eine Einnahme von 48 000 Mk. ergeben sollen, erfolgen. Abhängig ist natürlich diese Zahl von der Belegung des Baumarktes, da, wie der Amtmann erklärt, weitere Gelder in das Fiegeleigenossenschaftswesen nicht mehr hineingesteckt werden könnten. Die Fiegelei sei dann evtl. stillzulegen. Weiter weist der Hauptetat folgende Kosten auf: Die Ausgaben für die Siebelung in Höhe von 100 000 Mk. sind durch eine Ueberschneidung in gleicher Höhe gedeckt. Der Betrag für den Betrieb der Schiffarmachung der Ruhr beträgt 100 Mk., die Amtskosten für das Ge-

at. Stiepel, 26. Juli. Gemeinderats-sitzung. Am Freitag, den 26. Juli, trat das Gemeinderatsamt von Stiepel um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Zunächst erfolgte die Begrüßung der beiden neugewählten Gemeindevorsteher, der Herren Lehrer Vennhoff und Landwirt Wehrenbeck. Nachdem das Sitzungsprotokoll der vorigen Sitzung verlesen worden ist, tritt man in die Beratung des Schulrats ein. Vorher wurde kurz der Etat der Kosterbrücke durchgesehen. Der Schulrat enthält u. a. auch die Kosten für die gewerkschaftliche Fortbildungsschule. Der Vorschlag der Finanzkommission geht dahin, das Schulgeld für dieselbe fallen zu lassen und die Kosten auf die kommunale Kasse zu übernehmen. Nach langer Debatte über diesen Punkt wird beschlossen, das Schulgeld zu er-mäßigen. Die Gesamtschulden betragen insgesamt 58 527,28 Mk. Der erste Punkt des Haupt-Haushaltsplanes ist ein Kostenantrag über den Betrieb der Fiegelei. Für Unterhaltung und Reparatur sind 800 Mk., für Maschinen 2000 Mk., für Gehälter und Lohn 20 000 Mk. Die Gesamtausgaben sind auf 43 100 Mk. veranschlagt, die Deckung soll durch Verkauf von Fiegelei, die eine Einnahme von 48 000 Mk. ergeben sollen, erfolgen. Abhängig ist natürlich diese Zahl von der Belegung des Baumarktes, da, wie der Amtmann erklärt, weitere Gelder in das Fiegeleigenossenschaftswesen nicht mehr hineingesteckt werden könnten. Die Fiegelei sei dann evtl. stillzulegen. Weiter weist der Hauptetat folgende Kosten auf: Die Ausgaben für die Siebelung in Höhe von 100 000 Mk. sind durch eine Ueberschneidung in gleicher Höhe gedeckt. Der Betrag für den Betrieb der Schiffarmachung der Ruhr beträgt 100 Mk., die Amtskosten für das Ge-

mettebortsteher Verthebens der fahrt auf dem hand einer er- follen sind insge- tend wird das- ber. der höher- fend beahelt. men- und Wohl- neter Rantenben- fügen. Der ei- set eine Einnah- wesen. Die Mi- Dezember 1923- allem seien ver- Stild. Der Pro- 25 Pfg. Die Be- sich somit mit e- nommen worden- nahmen betrage- einnahmenseite- vom Staat 16 46- steuer, 13 000 P- steuer 22 500- trändsteuer 338- (pro Hund 10- Einnahmen. Die- steuer ist mit 1- Gewerbesteuer s- del- und Gan- Der Vorschlag ge- Progent, die Be- sehen. Nach Sch- hierbei ein Betr- samteinnehmen- Mark. Es ergibt- nahmen ein u- M. Dieser Betr- wartende Bestan- nach den Ausfü- den Verwirklich- das Reich meh- würde, um von d- somit der Punt- schiedet man zu- ordnung, der G- Da keine direkte- sich dahin, den- abzugeben. Die- die nur Papierm- betrachte. Nach- weltlichweifigen- schließt die Situa-

y. Stiepel, 26- rich hat seit M- eigene Schachm- Regent mit ange- Zeit an veran- Brins-Regent, F- Friedrichs Erbfol- Reiter wieder an- 1. Sept. ein drit- teredisch nach R- Lage, noch 1000- mit zur Förderung- Fördermännchen- fähig sind. Die- dem Bahnhof S- Verbindung mit d- genblüht wird- beiden Schächten- an der Marktra- des Nachts ausge-

th. Wattenfeld, 26- Au h. Der lo- 77. Stenbildst- icht die Behörden- in der Ruhr für- stalteten Vabegle- erlaubt ist, daß d- schwimmen. Er- haben nur an dem- ist, und vor an- Ufer hinüberfö- Wattenfeld sei o- Kontrollen statfin- sondern auch der- haben außerhalb- hohe Geldstrafe a-

ro. Linden (R- der alten R- har schreitet nach- sichtlich vorwärts- len und Leeren an- die losgehauenen- Förderung in die- beiten der Berge- leicht und erforder- und Ausbauer. — der Steinhalte vo- Erhöhung des B- hällnisstien ent- der ca. 3 Meter l- selbst zu verhö- versehen, die aus-

ro. Linden-D- der Lohnd- Aug. Welschm- im Weltkriege e- von Soest in eine- 30jährige Mann- n- gekommen, um s- Wieder am Erhol- den jungen, fleißig- Feilschkeit. Die- fähigen Heimgang d- Hülle wurde nach- dem hübschen Schr- der Friedhofstapel-

th. Welpen, 26- A. wurde der M- Lohndliste mit dem- kann nur ein M- kommen.

at. Stiepel, 26- zur Einricht- 23. Juli 1924 be- haltsplänen für d- vom 28. Juli bis- der Amtsangeh- wohner des Amtes- einsehen: Auf dem- der Dienststunden- die Haushaltsplä-

th. Stiepel, 26- benahmen sich m- daß sie aus dem- Rache darüber pa- ihnen verleiht ei- steinwurf an den- letzte sich in drat-

at. Stiepel, 26- at. Stiepel, 26- at. Stiepel, 26-

at. Stiepel, 26- at. Stiepel, 26- at. Stiepel, 26-

die Polizei
schritt. Das
sehr traurige
Verbrechen
— Abbe-
Manne von
er lebte, seine
Fahren ein
andererseits
der aufgestellt

hundertförmig
in Kinderherz
so mitten im
acht wird —
tut aus aber
durch das
sberg geht,
in den ganzen
ist mit so-
Buben-Köpfe
mit der Kiste
vorsteht und
steht. Kleine
in und nie-
Ein richtiges
te von allem;
in tatsächlich
in der ein-
ein-ehas ein-
Windmühle

unserer
auch das, was
Gegenständen
und Schule,
Sehrste. Und
Gelegenheit,
Man findet
die kleinen

um.

Im Jahre
die Er-
wurde eine
Mittelschule
jedoch kein
Holzbaracken
abzubauen,
den Bau eines
daraufhin der
Friedrichstraße.
lang es außer-
der Behran-
nachmittags
ratorium stati-
eingesam-
fünf Be-
s Herford ge-

frage. Vor-
tuna, daß der
Abwesen-
eben, daß noch
er nicht wisse.
Angehörigen
befragt, will
Angehörigen
Er gibt an,
von deutschen
getrennt ge-
geben sind bei
letzte Anfragen

fragen.
in Verbin-
Schritte
Straßenbahn-
bekanntlich
sind, bis Gü-
nicht in Gü-
nung über die
tensfeld-Gü-
der Verkehrs-
hat sich ein-
einer unserer
ragen befähig-
kommen.
nung hat, sich
Wattenfeld-
Sofortlich
aktionen nicht
aufnahme des
bis Günnig-

hält. Ein-
aus den
ordentlich-
Landaufent-
bis spätestens
Kathausba-
den der Pflege

inderats-
trat das Ge-
zu einer
die Begrü-
ndeborsteher.
der vorigen
i in die Ver-
kurz der
Der Schul-
die gewerb-
der Finanz-
für dieselbe
kommunal-
telle über die

er. Hattingen, 26. Juli. Haushaltspläne
zur Einsicht. Das Amt Hattingen gibt unter dem
23. Juli 1924 bekannt, daß die Entwurfe zu den Haus-
haltsplänen für das Rechnungsjahr 1924 in der Zeit
vom 28. Juli bis 9. August einschließlich zur Einsicht
der Amtseingesetzten öffentlich ausliegen. Die Ein-
wohner des Amtes Hattingen können dieselben wie folgt
einsehen: Auf dem Geschäftszimmer des Amtes während
der Dienststunden den Haushaltsplan des Amtes und
die Haushaltspläne des Gesamtschulverbandes.

neindevorsteher betragen 600 Mk. Die Frage des
Verbleibens der beiden Beamten Schmitts und Wohlfahrt auf dem hiesigen Gemeindebüro ist Gegenstand einer erregten Aussprache. Für Wegebaukosten sind insgesamt 40 000 Mk. veranschlagt. Weiter wird das Vertragsverhältnis mit Hattingen betr. der höheren Schulen vom Amtmann erscheinend behandelt. Bei dem Punkte über die Armen- und Wohlfahrtspflege erstattet Herr Weigert vom Rautenberg eingehend Bericht über die Volkshäuser. Bei einer Gesamtausgabe von 9405 Mk. sei eine Einnahme von 2710 Mk. zu verzeichnen gewesen. Die Kasse sei in Betrieb gewesen vom 12. Dezember 1923 bis zum 30. Juni 1924. Alles in allem seien verteilt worden an Portionen 37 638 Stück. Der Preis einer jeden stelle sich somit auf 25 Pfg. Die Gesamtausgaben des Amtes belaufen sich somit mit einigen Veränderungen, die noch vorgenommen worden sind, auf 305 180,40 Mk. Die Einnahmen betragen demgegenüber aus der Reichseinkommensteuer 43 400 Mk., Sonderzuweisungen vom Staat 16 461 Mk., 300 Mk. aus der Körperschaftsteuer, 13 000 Mk. Umsatzsteuer, Grundvermögenssteuer 22 500 Mk., an indirekten Steuern: Grunderwerbsteuer 3300 Mk., Grundsteuer 4000 Mk., (pro Hund 10 Mk.). Insgesamt 79 161 Mk. an Einnahmen. Der Zuschlag zur Grundvermögenssteuer ist mit 100 Prozent vorgesehen, betr. der Gewerbesteuer soll in Verhandlungen mit der Handels- und Handwerkskammer eingetreten werden. Der Voranschlag geht dahin, die Ertragssteuer auf 500 Prozent, die Kapitalsteuer auf 250 Prozent zu setzen. Nach Schätzung des Finanzamtes kommt hierbei ein Betrag von 29 000 Mk. heraus. Die Gesamteinnahmen belaufen sich demnach auf 130 661 Mk. Es ergibt sich nach Abzug familiärer Einnahmen ein ungedeckter Gehaltbetrag von 62 838 Mk. Dieser Betrag ist als eine vom Ratse zu erwartende Leistung in den Etat eingelegt. Man kann nach den Ausführungen des Amtmanns überall in den Verhandlungen das Prinzip feststellen, daß auf das Mehr oder weniger energisch gedrückt würde, um von dort Zahlungen zu erhalten. Nachdem somit der Punkt der Etatsberatung erledigt ist, schließt man zu den folgenden Punkt der Tagesordnung, der Ergänzungswahl der Kommissionen. Da keine direkten Vorschläge erfolgen, einigt man sich dahin, den Punkt bis zur nächsten Sitzung abzulegen. Die Rechnungslage aus dem Jahre 1923, die nur Papiermarktfragen enthält, wird als erledigt betrachtet. Nachdem somit der letzte Punkt der wöchentlichen Tagesordnung erledigt worden war, schließt die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

y. Etapel, 26. Juli. Die Besche Karl Friedrich hat seit Mitte der letzten Woche aufgehört, eine eigene Schachanlage zu sein. Sie ist der Besche Prinz Regent mit angehängt. Herr Reichardt ist von der Zeit an veranwortlicher Betriebsführer der Besche Prinz-Regent, Julius-Wilhelm, Friedrich und Karl Friedrichs Erbkönig. Zum 1. August wird ein zweites Krieger wieder angelegt, wird wahrheitsgemäß am 1. Sept. ein drittes. Die Kriegerförderung geschieht unterirdisch nach Prinz-Regent. Dieser Schacht ist in der Lage, nach 1000 Tonnen Kohlen von Karl Friedrich mit der Förderung zu übernehmen, da die fossilen Fördermaschinen noch ziemlich neu und sehr leistungsfähig sind. Die Bahn, die Karl Friedrich bisher mit dem Bahnhof Weimar verband, steht jetzt in direkter Verbindung mit dem Bahnhofsplatz Prinz-Regent. Ausgesprochen wird der ganze Schienenweg zwischen den beiden Schächten neu gelegt. Bei den Wegeübergängen an der Marktstraße in Weimar werden diese Arbeiten des Nachts ausgeführt.

th. Blankenstein, 26. Juli. Baden in der Ruhr. Der kommandierende Oberst des U. A. der 77. Infanteriedivision Witten weist in einem besonderen Bescheid die Behörden nochmal darauf hin, daß das Baden in der Ruhr für alle auf der Sübseite des Stromes gestatteten Badegelegenheiten nur unter der Bedingung erlaubt ist, daß die Bader nicht an das andere Ufer schwimmen. Er macht darauf aufmerksam, daß das Baden nur an den hierfür freigegebenen Stellen erlaubt ist, und wer an anderer Stelle badet oder zum andern Ufer hinüber schwimmt, sich strafbar macht. Für Blankenstein sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Kontrollen statfinden nicht allein seitens der deutschen, sondern auch der französischen Behörden, und wer beim Baden außerhalb des Strandbades betroffen wird, eine hohe Geldstrafe zu erwarten hat.

ro. Linden (Ruhr), 26. Juli. Die Abtragung der alten Bergalbe der Besche Friedrichs Nachbarn schreitet nach Wiederaufnahme der Grubenarbeit stätlich vorwärts. Unaufhörlich rollen tagtäglich die Rollen und Leeren an der Drahtseilbahn hin und her, um die losgeschauenen Berge oder Steine zum Schachte zur Förderung in die Tiefe zu transportieren. Das Losarbeiten der Berge am hohen Bergabhang ist nicht leicht und erfordert von den Halbenarbeitern viel Kraft und Ausdauer. — Das Geleise der Seilbahn, die an der Steinhalde vorbei zum Tunnel führt, wurde durch Erhöhung des Bahnplans zeitgemäß und den Verhältnissen entsprechend ausgebaut. Nach Westen zu wird der ca. 3 Meter hohe Damm, um das Abfließen des Wassers zu verhüten, mit einer kräftigen, starken Mauer versehen, die aus Bruchsteinen zur Aufführung gelangt.

ro. Linden-Dahlhausen, 26. Juli. Nach tritt der Tod den Menschen an. Der Modellschreiner Aug. Meißner wollte zu seiner Erholung, da er sich im Weltkrieg ein Verwundeten hatte, in der Nähe von Soest in einem Luftkurort. Am Sonntag war der 30-jährige Mann noch persönlich nach Dahlhausen (Ruhr) gekommen, um seine Wohnung zu besuchen und zu läuten. Wieder am Erholungsorte angekommen, raffte der Tod den jungen, fleißigen Familienvater plötzlich aus dieser Zeitlichkeit. Die Ehefrau nebst Tochterlein betrauern den frühen Heimgang des sorglichen Ernährers. Die sterbliche Hülle wurde nach Dahlhausen gebracht und dort auf dem höchsten Ehrenfriedhof am Freitag nachmittag von der Friedhofskapelle aus zur letzten Ruhe bestattet.

th. Welper, 26. Juli. Diebstahl. Dem Maurer M. wurde zur Nachtzeit auf der Arbeitsstelle die Lohnkiste mit dem ganzen verdienten Lohn gestohlen. Es kann nur ein Arbeitskamerad als Täter in Frage kommen.

zr. Hattingen, 26. Juli. Haushaltspläne zur Einsicht. Das Amt Hattingen gibt unter dem 23. Juli 1924 bekannt, daß die Entwurfe zu den Haushaltsplänen für das Rechnungsjahr 1924 in der Zeit vom 28. Juli bis 9. August einschließlich zur Einsicht der Amtseingesetzten öffentlich ausliegen. Die Einwohner des Amtes Hattingen können dieselben wie folgt einsehen: Auf dem Geschäftszimmer des Amtes während der Dienststunden den Haushaltsplan des Amtes und die Haushaltspläne des Gesamtschulverbandes.

th. Holfhausen, 26. Juli. Bei einer Festlichkeit benahmen sich mehrere junge Leute derart fleischhaft, daß sie aus dem Lokal gewiesen werden mußten. Aus Rache darüber daß sie draußen auf und einer von ihnen verkehrte einen heimtückischen Gast durch einen Steinwurf an der Stirnfläche so schwer, daß der Verletzte sich in ärztliche Hilfe begeben mußte.

Burg Blankenstein.

Stolz wie vor Jahrhunderten schaut der vieredige Turm der Burg Blankenstein ins Ruhrtal hinab. Dämlig sind die anderen Burgtelle, die von der Zerstörung im Jahre 1664 übrig geblieben sind, verschwunden, aber das Hauptwerkzeug steht noch, und es wird nun Aufgabe der Gegenwart sein, das Vorhandene zu erhalten und vor weiterem Verfall zu schützen. Gerade an dieser Stelle wirkt die Burg so außerordentlich reizvoll, kann von ihrer Höhe aus doch der Blick weit hinein ins Ruhrtal fliegen, mit seinen anmutigen, teilweise bewaldeten Abhängen und seinen nach Hattingen zu aufsteigenden Höhen. 1926 werden 700 Jahre verfließen sein, seitdem der Grundstein zur Burg gelegt wurde. Erinnerungen an das Leben und Treiben früherer Jahrhunderte werden wach, unsere Gedanken eilen an einer solchen Stätte zurück in das Mittelalter und den Beginn der Neuzeit, wir sehen Ritter und Mannen zur Feste ausziehen, wir sehen aber auch bei einem feindlichen Einfalle Not und Elend über das Land hereinbrechen.

Wie so viele andere Burgen kann auch die Burg Blankenstein auf eine ereignisvolle Vergangenheit zurückblicken. Sie sah vor der Zerstörung natürlich wesentlich anders aus als jetzt. Zwei große Türme gaben ihr das Gepräge. Der eine, ein Rundbau, erhob sich rechts von dem gegenwärtigen vieredigen Turm. Seine Grundmauern und damit seinen Umfang kann man noch leicht feststellen. Er hat nach den Inventarien im Dämlig-dorfer Archiv ausschließlich zu Verteidigungszwecken gedient, denn auf ihm standen noch im 15. und 16. Jahrhundert Steinböschungen. Der ältere vieredige Turm dagegen, den heute jeder zu befeigen pflegt, der die Burg erklimmt, diente nicht nur zur Verteidigung, sondern auch für Wohnungszwecke bestimmt. In der Sage hieß er der Weisturm, während die Inventarien von einem Gefangenenturm sprechen. Vier Stodwerke gliederten ihn im Innern, und zwar war er früher noch drei Meter höher als jetzt. Das unterste Stodwerk diente zur Unterbringung der Gefangenen. Den Zugang zu den oberen Stodwerken vermittelte die Außentreppe, die man jetzt zum Gemäch der Aussicht befindet. Das erste Stodwerk hat das Gefinde aufgenommen, das zweite und dritte die Herren, während das vierte den Wächtern als Heim diente. Bemerkenswert ist weiter vor allem, daß die Gänge, die den Zutritt zu den einzelnen Stodwerken ermöglichten, mitten durch die Mauer führten, von deren Stärke man sich daher einen Begriff machen kann. Beide Türme, die hier erwähnt sind, standen ehemals

innerhalb der Burgmauer. Den Eingang zur inneren Burg flankierten zwei kleinere Türme, die durch einen nach Ansicht von sachverständiger Seite als Kapelle dienenden Querbau verbunden waren. Das „alte Haus“ und das „neue Haus“ (letzteres 1450 erbaut), der sog. Pallas, sind gleichfalls nicht mehr erhalten. Ebenso auch nicht der Pferdehof, der sich in der Nähe des runden Turms befand. Die im Tale liegenden kleinen, sich unmittelbar an den Burghang anschmiegenden Häuser hießen die „Freiheit“. Ihre Bewohner waren dem Burgherrn in Verwaltung und Gericht untergeordnet und mußten ihm Dienste leisten. Um diese Danten ließ eine mit der großen Burgmauer verbundene kleinere Mauer. Die Burg hat also vor der Zerstörung mit ihren Bauwerken einen reizvolleren Anblick als jetzt, wo neuere der Gesamtindruck beeinträchtigende Zutaten und der Verfall wichtiger Teile sie viel nüchterner erscheinen lassen.

Auch die Burg Blankenstein hat, wie gesagt, ihre Geschichte. Sie war zwar in der Vergangenheit nicht der Schauplatz eines glänzenden Ritterlebens, aber sie hat doch auch in den Kämpfen des späten Mittelalters und denjenigen des Beginns der Neuzeit ihre Rolle gespielt. 1226 wurde nach der Zerstörung der Jfenburg der Burgbau mit der Errichtung des gegenwärtig noch stehenden vieredigen Turmes begonnen. Lehnsherren waren zunächst die Erbscheine von Köln, bis sie um 1300 nach langwierigen Kämpfen von dem Burgherren, dem Grafen von der Mark, besetzt wurden. Die Mark hatte damit die Lebenspolitik abgeändert und wurde ein selbständiges Lehnsgut, die Befehlshaber der Burg, die Drosten Amtmänner, bis die Mark im jülich-keuschen Erbfolgestreit 1609 vorläufig, 1666 endgültig an Brandenburg fiel. Schließlich wurde 1664 die Burg Blankenstein vom Großen Kurfürsten zerstört, damit die Mauer des Pfalzgrafen von Dämlig-dorf, die im 17. Jahrhundert oft in das Land eingefallen waren, an der Burg keinen Rückhalt hatten.

Geschichte und Verfall der Burg hat am Samstag ein Ausflug der Vereinigung für Heimatkunde nach Blankenstein erneut in den Kreis der Erinnerungen gerückt. Dem Seminaroberlehrer Weiskopf, der einen Vortrag über die Burg Blankenstein hielt, darf für seinen gemeinverständlichen Ausführungen auch an dieser Stelle Dank gesagt werden.

Aus den Provinzen.

u. Castrop, 26. Juli. Bürgermeisterwahl. Die Stadtverordnetenversammlung wählte den Stadtrat Dr. Wendt aus Magesburg mit 18 Stimmen zum Bürgermeister. Vier Stimmen entfielen auf den Beigeordneten Langhaus (Dillig); 6 Stimm waren unbeschieden.

u. Münster i. W., 26. Juli. Ernennung zum Ehrenbürger. Der unbesoldete Stadtrat Kaufmann Ludwig Robert wurde von der Stadtverordnetenversammlung zum Ehrenbürger gewählt. Stadtrat Robert hat sich in der Kriegszeit als Vorsteher des Wirtschaftsausschusses um die Beschaffung von Lebensmitteln sehr verdient gemacht. Die Stadt Münster dankt ihm vor allem, daß es hier nicht zu Lebensmittelunruhen gekommen ist.

□ Bochum, 26. Juli. 700-jähriges Jubiläum. Bochum, das westfälische Schilde und ob seiner Schwabenreiche berühmt, rückt sich, in diesem Jahre am 6. 7. und 8. Sept. das siebenhundertjährige Bestehen als Stadt festlich zu begehen. Die Ursprünge seiner Entstehung weisen bereits in die germanische Zeit, wo der Oberhof Weidheim einer Siedlung den Namen gegeben hat. Ein bestimmter Zeitpunkt für seine Erhebung zur Stadt ist allerdings unklar, nicht nachweisbar. Jedoch kann als äußerster Termin das Jahr 1224, wo eine Urkunde zum ersten Male von Bochum als Stadt spricht, angesehen werden. Ein historischer Festakt, an dessen Herrichtung Bürgerchaft, Vereine, Organisationen und Behörden gleichermaßen teilnehmen, wird die geschichtlichen Wandlungen Bochums und die aller Welt bekannt gewordenen toten Strafe früherer Bewohner bühnlich und figürlich zur Darstellung bringen. Und gerade wegen dieser Originalität wird dieses Fest über die Grenzen seiner engeren Heimat hinaus von Bedeutung werden.

u. Duisburg, 26. Juli. In der Stadtverordnetenversammlung wurde dem Umbau der Duisburg-Dämlig-dorfer Kleinbahn in eine schnellfahrende Straßenbahn mit selbständigem Bahnkörper und zweigleisigem Ausbau zugestimmt. Die Verhandlungen über den Umbau sollen demnächst durchgeföhrt werden, damit mit dem Bau des Bahnkörpers baldmöglichst begonnen werden kann. Ein kommunistischer Antrag, den Erwerbslosen zu der Erwerbslosenunterstützung eine 50-prozentige Sonderunterstützung zu gewähren und auch in der Karenzzeit eine ständige Unterstützung zu zahlen, wurde als unangelegentlich gegen die Entnahmen der Antragsteller abgelehnt, nachdem die Verwaltung darauf hingewiesen hatte, daß die Annahme und Durchführung des Antrages die Entziehung der Zuschüsse des Reiches zur Folge haben würde. — Die Dauer der Erwerbslosenunterstützung. Der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises für den Stadtkreis Duisburg und Ungerum beschloß, beim Reichsarbeitsministerium zu beantragen, daß die Unterstützungszahlung an Erwerbslose auch über die bisherige Höchstunterstützungsdauer von 39 Wochen hinaus verlängert werden könne. Ab 1. August sollen die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Erwerbslosenunterstützung verhältnismäßig von 3 auf 1 Prozent ermäßigt werden.

u. Duisburg, 26. Juli. Eine neue Ruhrschleuse. Die Stadtverordneten beschließen auf Einladung der Stadtverwaltung die Duisburg-Ruhrorter Hafen- und Schleusenanlagen. Besonders Interesse erweckte die im Bau begriffene neue Ruhrschleuse II, die in der Hauptfrage dazu bestimmt ist, den nach Fertigstellung des Mühlheimer Ruhrhafens von dort zu erwartenden Schiffsverkehr aufzunehmen. Die Schleuse wird die doppelte Länge der Schleusen des Rhein-Herne-Kanals, nämlich 350 Meter, erreichen und in der Lage sein, einen vollständigen Schleppzug, bestehend aus einem Schleppdampfer und vier 1700-Tonnen-Rähnen, auf einmal durchzuführen.

u. Düsseldorf, 26. Juli. Ein aufsehenerregender Prozeß. Am 30. Juli wird vor der ersten Kammer des erweiterten Schöffengerichts in Köln unter dem Aktenzeichen „Bollenhoven“ ein Prozeß verhandelt werden, der ein gewisses Aufsehen erregen wird. Es handelt sich nämlich um eine bereits 1923 erfolgte große Plamenvergiftung ins Ausland, die ein früher in Verhaftung genommenen Beschäftigten der Reichsbahn

gab an, daß die beiden Eheleute ihr Mittagessen eingenommen und kurze Zeit später beide an Vergiftungserscheinungen erkrankt seien. Nähere Angaben konnte er angeblich nicht machen. Das Verhalten des Ehemannes aber war so unklar und verdächtig, daß Verdachtsgründe auftauchten, die vermuten ließen konnten, daß der Ehemann Weisser seiner Frau heimlich Gift in das Mittagessen gemischt habe, um sie aus dem Wege zu räumen. Während die Kriminalbehörde nach mit den Untersuchungen beschäftigt war, starb die Frau im Krankenhaus an den Folgen der mutmaßlichen Vergiftung. Der Ehemann, der sich von seiner Unfähigkeit rasch erholt hatte, wurde verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Bei seiner Vernehmung bestritt er mit Entschiedenheit, der Frau Gift in das Essen gemischt zu haben. Mächtig fand die Obduktion der Leiche der Ehefrau statt. Ueber das Ergebnis ist bis zur Stunde noch nichts bekannt. Wie weiter verlautet, hat Weisser mit seiner Ehefrau nicht im besten Einvernehmen gelebt. Es soll auch öfters zu Mißverständnissen zwischen den Eheleuten gekommen sein, weil die Ehefrau Grund für die Annahme zu haben schien, daß der Ehemann Beziehungen zu anderen Frauenpersonen unterhalte. Die von der Kriminalpolizei mit allem Eifer fortgeführten Untersuchungen dürften weitere Klarheit in diese jüngste Giftmordangelegenheit bringen. Der verhaftete Weisser stand als Schaffner im Dienste der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft. Er ist ein Mann im Alter von 31 Jahren und aus Koblenz im Rheinland gebürtig. Im Jahre 1916 ist er in das hiesige Unterbezirkgebiet ausgewandert und Anfang Mai desselben Jahres bei der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft eingetreten.

Bandendiebstahl großer Stills.

s. Das große Schöffengericht in Essen hatte eine gemeingefährliche Einbrecherbande, die monatelang die Umgegend von Werben und Belber unsicher machte, für längere Zeit ins Gefängnis geschickt. Die Mitglieder der Bande waren junge Burschen im Alter von 20—28 Jahren. Sie stammten aus Weidenhausen, Weidenhausen und Hamm bei Werben und waren sämtlich als Vergewaltiger auf der Zeche Böttlinghausen beschäftigt. Das Gericht verurteilte Wilhelm Volkman, Franz Schönenstein und Johann Kirch zu je 3 Jahren Gefängnis, August Schönenstein zu 2 Jahren 3 Monaten, Peter Zui zu 1 Jahr 10 Monaten und Otto Volkman zu 10 Monaten Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft, die sich auf den Standpunkt stellte, daß diese Strafen noch immer keine ausreichende Sühne für Verbrechen seien, wie sie von den Angeklagten begangen worden sind, legte gegen das Urteil Berufung ein, die vor der großen Essener Strafkammer verhandelt wurde. Die Angeklagten räumten die Unthaten ein, suchten sie aber mit Erwerbslosigkeit und wirtschaftlicher Notlage zu entschuldigen. Mit Recht verwies der Staatsanwalt sie auf den Vandalismus, den sie betrieben, und die wahllose Mitnahme aller möglichen Gegenstände, die auf den Gang zu Einbruchdiebstählen hindeuten. Im übrigen gestand er mit großer Schärfe das schamlose Treiben der Einbrecher und hielt die erkannten Strafen als durchaus zu milde. Er beantragte mehrjährige Zuchthausstrafen unter Verlegung der milderbenden Umstände. Die Strafkammer traf hinsichtlich der Beurteilung der einzelnen Angeklagten Feststellungen, die von denjenigen des Schöffengerichts abwichen und erhöhte in einzelnen Fällen die erstinstanzlich verhängten Strafen. Da die Angeklagten im wesentlichen unstraft sind, billigte ihnen die Strafkammer mildernde Umstände zu und verurteilte, abweichend von dem Schöffengericht, Wilhelm Volkman zu 4 Jahren, Franz Schönenstein zu 3 Jahren, Johann Kirch zu 2 Jahren 9 Monaten, August Schönenstein zu 2 Jahren 6 Monaten, Peter Zui zu 3 Jahren und Otto Volkman, dem nur die Beteiligung an einem nächtlichen Einbruch nachgewiesen werden konnte, zu 1 Jahr Gefängnis.

Nachfrage zum Ratenberger Raumbord.

* Essen, 24. Juli. Der Ratenberger Raumbord, dem, wie erinnerlich, an einem Dezemberabend v. J. der 68 Jahre alte Kolonialwarenhändler Anton Vodelschied zum Opfer fiel, wurde in einer Verhandlung vor dem großen Essener Schöffengericht wieder aufgerollt. Angeklagt waren der Bergmann Paul Zipinski aus Gelsenkirchen, ein Bursche im Alter von 19 Jahren, und der 22 Jahre alte Arbeiter Edwin Schirbs, ebenfalls aus Gelsenkirchen. Zipinski gehörte auch zu dem Kreise derjenigen Leute, die dem alten Vodelschied den vermeintlichen Goldschack im Wege des Einbruchdiebstahls abzunehmen. Dem Zipinski legte die Anklage auch zur Last, bei der Besprechung des Raubplanes mit den Mordgehilfen, zur Ausführung der Raubtat angereizt zu haben. Der Medizinalrath Schneweis, der in der Schwurgerichtsverhandlung wegen Beteiligung an der Tötung des P. zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, sagte, als Zeuge vernommen, entlassend für den Angeklagten aus, so daß in diesem Punkte Freispruch erfolgte. Im übrigen verurteilte das Gericht wegen verurteilten Einbruchs Zipinski zu 1 Jahr, Schirbs zu 7 Monaten Gefängnis.

Jetzt sind sie da
die weltbekannten, in Qualität u. Wirkung unerreichten
„Schäfer Ast-Karamellen“

Anerkannt erstklassiges Fabrikat gegen Brust- und Halsbeschwerden, Magen- und Leibschmerzen, Asthma und üblen Mundgeruch.

Im Sommer

wirken dieselben sehr stark erfrischend, durststillend wohlthuend, belebend und sind der Gcsundheit sehr zuträglich.

Hervorragendes Hausmittel.

Sollte in keinem Haushalt fehlen.

Nur echt in Packung mit Bild von dem weltbekannten sogenannten „Wunderdoktor Schäfer Ast“ aus der Lüneburger Heide.

Unentbehrlich für Sportsleute, Wanderer, Touristen.

Erhältlich in Bochum: Alte Apotheke, Altort Markt, Eihorn-Apotheke, Großs Beckstr. 1; Neue Apotheke Friedrichstr. 29, sowie in den meisten übrigen Apotheken. Preis pro Paket 60 Pfg.

Industrie / Handel / Verkehr.

Essener Credit-Anstalt Bochum
Wilhelmstraße 20 Fernspr. 4073-4074.

Handelschau.

Von unserem Berliner Handelsmitarbeiter.

Die ersten günstigen Nachrichten aus London haben an der Berliner Börse eine recht gute Stimmung verursacht. Uebrigens bemerkt man nicht nur in Berlin große Erwartungen in Bezug auf das Ergebnis der Londoner Konferenz, sondern der internationale Finanzmarkt und die internationale Geschäftslage stellt sich bereits optimistisch auf eine ruhigere und bessere Entwicklung für die nächste Zeit ein. An der Berliner Börse zeigte sich der Optimismus in den durchgehenden Kurssteigerungen am Effektenmarkt, die zwar nur einen kleinen Umfang hatte, aber dennoch in der Steigerung stabil blieben. Man bemerkt sogar wieder Interessentenkäufe und ein langames Vorgehen der Spekulation, die sich hauptsächlich mit schweren Papieren einlagern. Man rechnet jedenfalls bei Abschluss der Londoner Konferenz mit wesentlicher Verbesserung der deutschen Effektenpreise, weil diese ja bekanntermaßen weit unter Wert liegen und Steigerungen um das Dreifache ertragen können. Ob sich diese Spekulation rechtfertigen wird, lässt sich freilich noch nicht übersehen, denn jetzt hängt doch alles von dem Ergebnis der Londoner Konferenz ab, die heute noch nicht zu übersehen ist, und vor allem noch nicht feststeht, ob wirklich, selbst wenn die Konferenz die Dampfschiffe uneingeschränkt annehmen sollte, die Wirkung der neuen Wirtschaftsgestaltung tatsächlich so einschneidend ist, dass sich ein Aufschwung von Handel und Industrie in Deutschland daraus ergibt. Nur eine gute Spekulation kann heute Kaufe vornehmen, aber diese Spekulationen dürfen sich nicht auf weitere Erhöhen des Publikums aus. Freilich werden Käufer nur in geringem Umfang vorgenommen, weil die Kreditnot immer noch vorhanden ist und der Bargeldmangel weiter um sich greift und täglich neue Opfer fordert. Immer noch rechnet man in Deutschland mit einer Entspannung der Geldmarktsituation, mit dem Eingang der Kredite, die auf Grund des Dampfschiffes Deutschland gewährt werden sollen. Andererseits wird von amtlicher Stelle freilich bereits warnend darauf hingewiesen, dass die Hoffnungen auf diesen Kredit nicht zu hoch gespannt werden dürfen, weil er nur in kleinem Umfang der deutschen Wirtschaft zugute kommen kann. Wir dürfen uns nicht verhehlen, dass die Kreditnot und die Kapitalnot in Deutschland nicht lediglich auf die schwierige wirtschaftliche Situation zurückzuführen ist, sondern sich in ihr auch die deutsche Armut bemerkbar macht, die jetzt vielfach durch das Schlagwort, dass heute keiner Bargeld habe, von

dem einen und anderen mißbraucht wird. Ob es möglich sein wird, wie es vielfach verheißt wird, den Wiederaufbau der deutschen Industrie und des deutschen Handels nach einem günstigen Abschluss der Londoner Konferenz zu beginnen, darf man nicht wagen, vorher zu sagen. Man wird vielmehr abwarten müssen, wie sich die Dinge gestalten, abwarten haben, ob tatsächlich die günstigen Wirkungen sich einstellen, die namentlich die Schwerindustrie, die Produktion in Deutschland von dem günstigen Abschluss der Londoner Beratungen erwartet. Der Devisenmarkt lag nach wie vor ruhig und in der Hauptsache unverändert. Er findet von keiner Weise aus Anregung.

Die Förderung im Ruhrgebiet.

* Essen, 26. Juli. Nach vorläufigen Besprechungen wurden in der Woche vom 13.-19. Juli im gesamten Ruhrgebiet (ohne die von der Regie betriebenen 3 Zechen und 10 Kokerien) in 6 Arbeitstagen 1 918 340 Tonnen Kohle gefördert (auf das befestigte Gebiet entfallen davon 1 753 839 To.) gegen 1 996 693 in der Vorwoche bei 6 Arbeitstagen (befestigtes Gebiet 1 827 189 Tonnen). Die Kohlerzeugung stellte sich vom 13.-19. Juli auf 393 619 To. (befestigtes Gebiet 361 098) in 7 Arbeitstagen gegen 408 255 To. (375 454) in der Vorwoche. [In den Kokerien wird auch Sonntags gearbeitet.] Die arbeitstägl. Kohlenförderung stellte sich in der Woche vom 13.-19. Juli im gesamten Ruhrgebiet auf 319 723 To. gegen 332 782 To. in der Vorwoche und 368 681 To. im Jahre 1923, die tägliche Kohlerzeugung auf 56 231 To. (58 322 bzw. 62 718 To.). Im befestigten Gebiet betrug die arbeitstägl. Kohlenförderung 292 307 To. (304 532 bzw. 348 586), die tägliche Kohlerzeugung auf 51 585 (53 636 bzw. 58 338 To.).

* Staatliche Subventionen für die südlichen Ruhrzechen? An der Essener Börse wirkten Gerüchte, wonach den südlichen Ruhrzechen staatliche Unternehmungen zugesichert sein sollten, anregend auf den Kursstand der in letzter Zeit rückgängigen Werte dieser Zechen, wie Alte Haase und andere. Die „M. W. Z.“ bemerkt jetzt dazu, dass dieses Gerücht von maßgebender Seite bestätigt sei.

* Reichsdeutsche Industrie- und Handelsbank, A. G., in Steele. Die erste ord. Hauptversammlung, in der 19 Aktionäre vertreten waren mit einem Aktienkapital von nom. 834 140 000 M., genehmigte die Regularien und die Geschäftspläne.

* Betriebsbeschränkungen beim Phönix. Nachdem im Juni von der Leitung des Phönix beim Reichsausschuss für den Bergbau ein Antrag auf Einschränkung der Produktion einer Anzahl von Betrieben, wozu 2-3000 Arbeiter betroffen werden, gestellt war, hat die Leitung des Phönix neuerdings beantragt, die Anfang August ablaufende Sperrfrist abzukürzen, damit schon in dieser Woche die beabsichtigten Stilllegungen ausgeführt werden könnten. In einer Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer in Dortmund erklärte der Ver-

treter der Regierung sich gegen die beantragte Kürzung der Sperrfrist, die nach den Ausführungen der Werksleitung aus der Not der Zeitverhältnisse geboten sein soll.

* Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen. Im Siegerlande sind die Lokomotiv- und Wagenbauverhältnisse von Jung u. Ermert in Kirch- und Wegdorf stillgelegt worden. Auf den Wag- werken van der Zypen A. G. in Wippen an der Sieg ist 500 Arbeitern gekündigt worden.

* Gewerkschaft Ver. Trappe, Siffelsche. In der Gewerkschaftsversammlung wurde mitgeteilt, dass das vergangene Jahr einen Verlust von 6981 Millionen Mark ergeben habe. Die Belegschaft sei von 690 auf 470 zurückgegangen und werde vielleicht noch mehr reduziert werden müssen. Die Leistung pro Mann und Schicht, die bis Juli vor- 18. 0,63 Tonnen betragen habe, sei bis Dezember auf 0,35 Tonnen zurückgegangen.

* Deutsche Werte A. G. Dieser Tage wurde endgültig das Wert Friedrichs (A.G.) der Deutschen Werte A. G. geschlossen. Damit ist der Rest von 7-8000 Arbeitern und Angestellten, die von den letzten Zeitkündigungen nicht betroffen wurden, nunmehr auch entlassen worden. Eine geringe Anzahl von Arbeitern bleibt im Dienst, damit Ver- suche an neuen Motoren fortgesetzt werden können.

* Preisvereinbarungen am Röhrenmarkt. Zwischen dem am Röhrenmarkt führenden Firmen, den Mannesmannröhren-Werken, den Rheinischen Stahlwerken und den Thyssen-Werken, ist, wie wir er- fahren, über bestimmte Erzeugnisse für das In- landgeschäft eine Preisvereinbarung zustande ge- kommen, die vorläufig bis zum 1. September dieses Jahres läuft.

* Preisermäßigung für Schrauben. Die Deutsche Schraubenfabrikvereinigung hat die Rabatt- sätze für die verschiedenen Schraubenarten von 10 Prozent bis 42 Prozent auf 22 Prozent bis 55 Prozent erhöht.

* Treffer der Dortmund-Eisen- und Me- tallwerke zu Dortmund. Die kritische Lage auf dem Geldmarkt, sowie die Unmöglichkeit des Aus- ganges der Dortmunder Konferenz ließen eine Be- lebung des Geschäftes nicht aufkommen. Der nächste Trefftag findet am 8. August d. J., nachmittags 3½ Uhr, im Weingimmer des Vindenhofes zu Dortmund statt.

Berlin, 26. Juli. Produktensbericht. In- folge weiterer Nachfrage für das Ausland bestand am Produktensmarkt für Getreide fester Tendenz. Weizen ging von Schließen und Mitteldeutschland nach der Fichtelschloßmühle und den Rümpfen. Holländische Mühlen mußten deshalb zum Teil etwas höhere Preise bewilligen. Aus ähnlichen Gründen erlitten Roggen- preise eine Aufbesserung, besonders Ware neuer Ernte wurde für den Export gehandelt. Wintergerste wurde zu steigenden Preisen über Hamburg nach Holland und Schleswig-Holstein verkauft. Hafer war ebenfalls be- festigt. Andere Artikel hatten bei ruhigem Verkehr feste Haltung.

Soziales.

Bundesrat des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

In Frankfurt a. M. treten vom 22. bis 26. Aug. 1924 die Vorläufer der Einheitsgewerkschaft der deut- schen Angestellten zum 2. Bundesrat des G. D. M. und 2. Deutschen Angestelltenkongress zusammen. Die Frankfurter Veranstaltungen werden am Freitag, 22. Aug., mit einem „Deutschen Abend“ im Palmengarten eröffnet. Am Sonnabend, 23. Aug., beginnt im Festsaal des Palmen- gartens der 2. Bundesrat des G. D. M., der erst am Montag, den 25. Aug., an gleicher Stätte fortgesetzt wird. Am Sonntag, 24. Aug., führt der 2. Deutsche Angestelltenkongress die Tagungsteilnehmer im Großen Saal des Palmengartens zusammen. Vertreter der Regierung, des Reiches und der Länder, der Stadt Frankfurt a. M., der politischen Parteien und bürgerlicher Organisationen werden das Wort ergreifen. Der Bundesvorsitzende Gust. Schneider hat das Hauptreferat „Die Gewerkschaft als Wirtschaftsträger“ übernommen. Für Montag, den 25. August sind Besichtigungen wirtschaftlicher Unternehmungen in Frankfurt und Ausflüge nach Bad Homburg, nach der Saalburg und dem Römerkastell vorgesehen. Am Dienstag, 26. Aug., wird das in Vuerbach an der Bergstraße gelegene G. D. M.-Erholungsheim besucht, nach dem nahen Kurlager in ein Spaziergasse unter- nommen, und am Nachmittag die Weiterfahrt nach Hei- delberg angetreten. Im Schloßhof findet die den Bun- desrat abschließende Rundgebung statt.

Neues aus aller Welt.

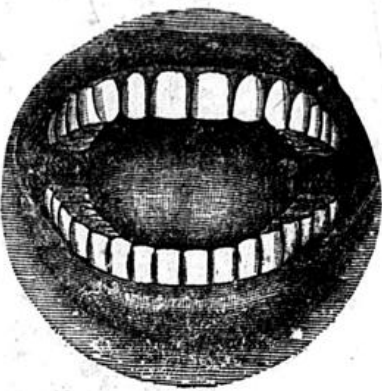
Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter wegen Ur- fundenfühlung verhaftet. Der sozialdemokratische Stadt- verordnete Heinen in Trier hat sein Mandat als Stadt- verordneter niedergelegt. Er wurde in Kassel wegen Ur- fundenfühlung verhaftet. Nach dem Trierischen sozia- listischen Parteivorstand handelt es sich um eine Fälschung zur Erlangung eines Darlehens für Ausreisewesen.

Ein großes Schiffsentwr. Der 48 jährige Fabrikar- beiter Auch in Oberburg (Schweiz) gab auf seine drei- zehn Jahre alten Kinder im Alter von 7, 8 und 10 Jahren mehrere Revolverkugeln ab. Darauf töte er sich selbst durch einen Schuss in den Mund. Die Kinder wur- den mit schweren Brust- und Bauchverletzungen in das Be- zirkskrankenhaus gebracht, wo sie nach kurzer Zeit ihren Verletzungen erliegen sind.

Großes Schiffsentwr. in Amsterdam. Aus Amster- dam wird gemeldet, daß am Freitag in den Fabrikan- lagen der Niederländischen Petroleum- und Asphalt-Ge- sellschaft ein großes Schiffsentwr. entzündet ist. Ein ungefähre 1½ Millionen Liter fassender Petroleumbehäl- ter fing Feuer und explodierte. Andere Behälter sind gleichfalls in die Luft geflogen. Der Schaden wird vor- läufig auf annähernd 100 Millionen Dollar veranschlagt. Amsterdam soll von dem Feuer bedroht sein, da die Feuerwehr nicht in der Lage ist, das Brandes Herr zu werden. Es soll Tote und Verwundete gegeben haben.

Ein Luftschiff im Sturm. Eine Weltung aus Late- hurst besagt, daß das amerikanische Luftschiff „Shemana- dea“ wegen eines schweren Sturmes nicht landende ge- wesen ist, zurückkehren und daß es gestern den ganzen Tag gefahren hätte, ohne die Möglichkeit zu finden, den Lufthafen zu erreichen.

Wem wäre es noch nicht aufgefallen, daß trotz täglicher Reinigung mit Zahnpulver oder Zahnpasta die Zähne (namentlich Backenzähne) häufig doch schlecht und hohl werden? Ist das nicht der beste Beweis dafür, daß die Mundpflege mit Pulver oder Pasta eine durchaus ungenügende ist? Die Zähne tun uns nicht den Gefallen, nur an den Stellen zu faulen, wo wir bequem mit Zahnbürste, Pulver oder Pasta hingelangen können. Im Gegenteil, gerade an denjenigen Stellen, die schwer zugänglich sind, wie Rückseiten der Backenzähne, Zahnschmalen und Zahnücken geht die Fäulnis und Verderbnis vor sich. Will man seine Zähne von Fäulnis und Verderben frei, also gesund erhalten, so kann das nur auf eine Art erzielt werden, nämlich durch tägliches Reinigen und Spülen mit einem flüssigen, wirklich unschädlichen Antiseptikum — und das ist Odol. Odol dringt beim Spülen überall hin, in die verstecktesten Mundwinkel, in die Zahnschmalen, an die Rückseiten der Backenzähne usw. Es gibt außer Odol zwar noch andere flüssige Zahnantiseptika, z. B. wurden früher Lösungen von Kali chloricum oder von übermangansaurem Kali empfohlen, es hat sich aber herausgestellt, daß diese Lösungen die Zähne angreifen und den Schmelz zerstören. Odol dagegen ist wirklich unschädlich und schützt die Zähne vor Erkrankung und Hohlwerden. Das ist wissenschaftlich nachgewiesen. Wir raten deshalb eindringlich und mit gutem Gewissen allen, die ihren Mund und ihre Zähne gesund erhalten wollen, sich an eine regelmäßige Mundpflege mit Odol zu gewöhnen.



Nachdem die 2. Steuerreformordnung vom 2. 12. 23 von den Verordnungsbehörden genehmigt worden ist, kommen nunmehr vom 1. Mai 1924 ab 2½% Umsatzsteuer zur Erhebung.

Somit für Mai und Juni 1924 nur 2% Umsatzsteuer eingebracht werden ist, ist die noch restliche Steuer von ½% bis zum 10. August bei der Finanzkasse Bochum einzubringen.

Finanzamt.

14 N 10/24

Beschluß.

Über die Firma G. Scherers in Bochum Brückstraße 15/17. Aufgebotshandlung wird heute den 22. Juli 1924 nachmittags 6½ Uhr die Versteigerung der Bücher, Zeitschriften, Briefe, etc. in Bochum öffent- lich. Bochum, den 24. Juli 1924.

Das Amtsgericht.

Jede Hausfrau weiß,
daß loses Puddingpulver
weit billiger
ist als das in Paketen.
Solange Vorrat, empfehle:
Creme Pulver Pfund 0,60
Rote Grütze Pfund 0,80
A. Barenberg Bochum
Rottstr. 8-10. Fernspr. 244.

Büro - Einrichtung
mit Schreibmaschine, Ordern etc.,
preiswert abzugeben
Wittenerstraße 18.

Elektrische Licht- u. Kraft-Anlagen
führen schnellstens aus
Stübner-Elektrizitäts-A.G.
Telefon: 3586, Bochum 3581, 3582.

Garten-Restaurant
früher
Schulte-Marmelshagen
Bochum 5, Ind.-Str. Diederichs, Tel. 2977

Angenehm. Aufenthaltsort u. schön. Spielplatz
Bestens für Familien, Schulen u. Vereinen geeignet
Bei Besuch von Schulen und Vereinen
vorherige Anmeldung erbeten

Kaffee Hackert
Bochum, Heilwegstraße 1
gegenüber der Feinbäckerei
und Konditorei
Diese Woche Spezialität:
Roulino-Torte

Klavier-Reparaturen
Besetzungen, Besatzungen,
Stimmungen
auf 3 Monate Ziel.
Lager sämtlicher Bestandteile für Piano,
Flügel und Harmonium.
Kuenemann, Allee 55.

W. Hoffmann
Bochum, Hattingerstr. 29.
Damen-Herren-Kinder-Wäsche
Kurzwaren

Private Zuschneide-Schule
für Damenschneiderei und Wäsche
Spezial-Zuschneidekurse für Be-
rufsschneiderinnen z. Meisterprüfung.
Frau L. Lorenz, Humboldtstr. 11, Eingang
Schulstr.

Stahlleuchten
und sämtliche
Korb-Reparaturen
werden sauber und
preiswert ausgeführt
bei
H. Möllmann,
Mühlenstrasse 6.
Abholung und
Zustellung frei Haus.

Betten
reinigt, fachgemäß
und billig
Eindaus Betten-
Spezial-Haus
2 Humboldtstr. 2
gegenüber Möbel-
haus Schmeind.

Sägemehl
Brennholz
Zentner 1,25 Mark
Nadel-Laub-Eich-
holzbreiten
qm 0,0 u. 1,- Mark
Sägewerk Beck
am Osthafen.

Haushalt-Leitern
geübt, sauber gearbeitet, in allen Größen
H. Möllmann, Mühlenstr. 6.

2 große Ladenlokale
mit 1. Zwischeneingangsraum sofort zu ver-
mieten. Auch als Büro geeignet. Büro-
möbel etc. müssen mit übernommen werden
Wittenerstr. 18.

Geschäftshaus
neues massives Gebäude, großer Laden
mit Einrichtung, für jede Branche ge-
eignet, an der Hauptgeschäftsstraße in
Göttingen, umkandelbar sofort zu
verkaufen. Barzahlung von minde-
stens 20 000 Gld.-M. erwünscht. Laden
und geräumige 1. Etage sofort frei.
Angebote unter Nr. 25120 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebrauchter Geldschrank
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preisangabe sind an die
Mittelschleife des Landkreises Bochum
zu richten.

Haushalt-Leitern
geübt, sauber gearbeitet, in allen Größen
H. Möllmann, Mühlenstr. 6.

Möbl. Zimmer
für besseren jungen
Mann gesucht.
Angebote unter Nr.
5425 a. d. Weich. d. S.

2 oder 3
möbl. Zimmer
im Mittelpunkt der
Stadt von Arzt gesucht
Erdgeschoss od. 1. Etg.
Angebote unter Nr. 25144
an die Gesch. d. Ztg.

Mädchen
Ich suche ein
Mädchen für meine
Wäsche und Küche
und Hausarbeit.
Die Kandidatin muß
deutsch und fleißig
sein. Bei Familien-
angehörigen ist Vor-
zug. Bitte an die
Geschäftsstelle dieser
Zeitung.

Wittenerstr. 18.

Paris, 26. Juli. Der erste Tag der Konferenz in Paris ist ein Tag der Enttäuschung. Die Verhandlungen über die Abgrenzung der Ruhrgebietsfrage sind nicht weiter gekommen. Die französische Regierung hat ihre Forderungen nicht zurückgezogen, und die deutsche Regierung hat sich nicht bereit erklärt, diese Forderungen zu akzeptieren. Die Konferenz wird voraussichtlich noch einige Tage dauern, bevor eine Entscheidung über die Ruhrgebietsfrage getroffen werden kann.